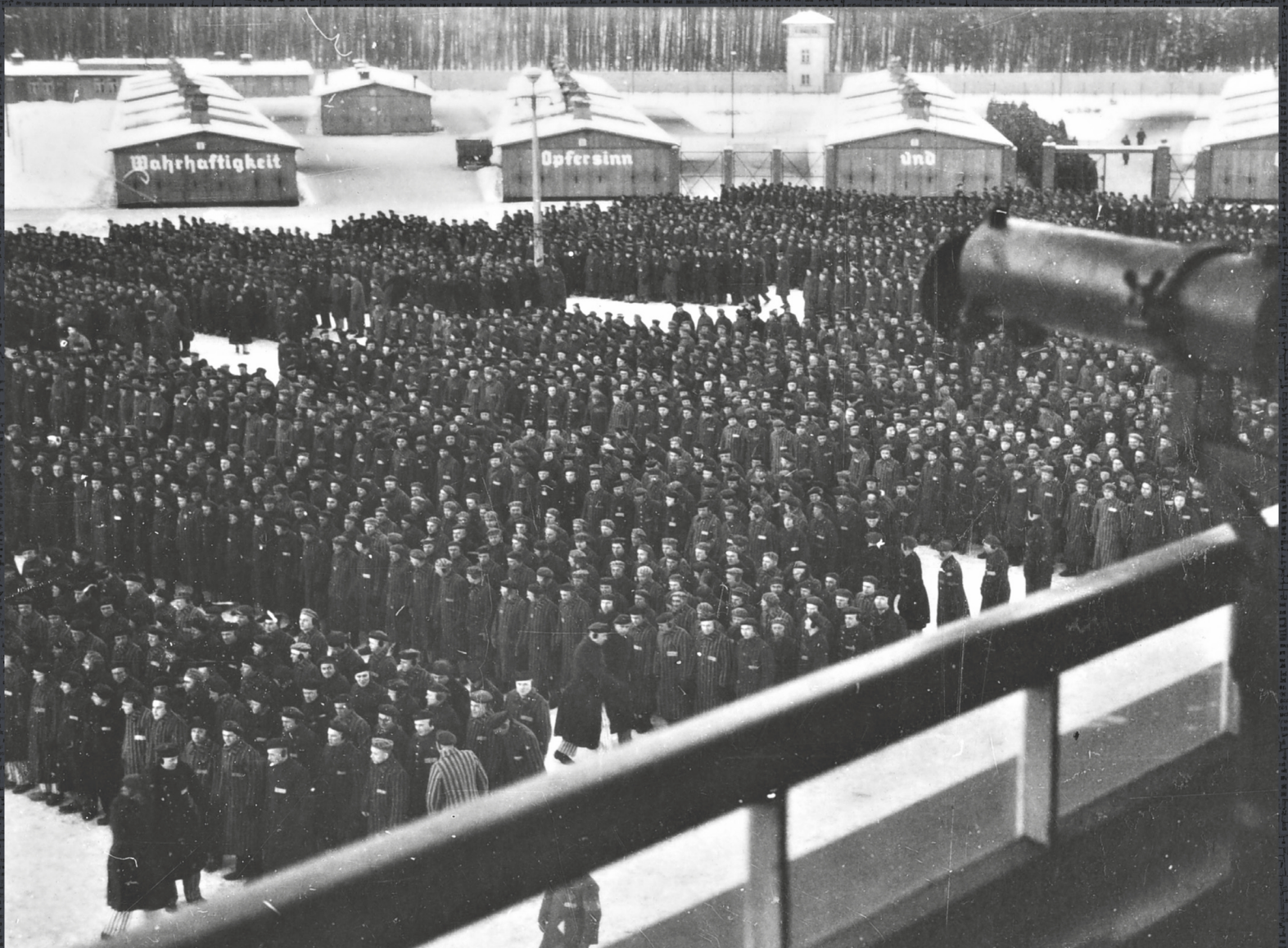


GÜNTER MORSCH

Sachsenhausen

Das Konzentrationslager
bei der Reichshauptstadt Berlin



BeBra Verlag



SS-Foto: Häftlinge bei der Schneerräumung auf der Lagerstraße, Januar/Februar 1941, BArch Y1 1756-70-VII, Seite 22.

GÜNTER MORSCH

Sachsenhausen

Das Konzentrationslager
bei der Reichshauptstadt Berlin

Mit einem Geleitwort von Axel Drecol
und einem Vorwort von Jürgen Kocka

BeBra Verlag



Oranienburg, eine Kleinstadt im Schatten des KZ-Systems 1933–1945 12

Die Entwicklung Oranienburgs	14
Vom Straßenkampf zum Konzentrationslager	16
Das erste staatliche Konzentrationslager Preußens (21. März 1933 bis 13. Juli 1934)	20
Die Organisationsstruktur des staatlich anerkannten Lagers 23 – Öffentliche Wahrnehmung und Außendarstellung des KZ Oranienburg 25 – Der Alltag im KZ Oranienburg 27 – Haftgründe, Herkunft und Zahl der Häftlinge im KZ Oranienburg 29 – Die Auflösung und die Opfer des KZ Oranienburg 32	

Gründung und Aufbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen 1936/37 34

Die Neuorganisation des KZ-Systems	35
Planung und Errichtung des Konzentrationslagers Sachsenhausen 1936/37	37

Der Ausbau des KZ-Hauptlagers in Oranienburg 1937–1945 46

Die SS-Siedlungen	47
KZ-Kommandantur und Häftlingslager	49
Der Industriefhof und die Vernichtungsanlagen des Konzentrationslagers	53
Das SS-Truppenlager und die Inspektion der Konzentrationslager	56
Die Erweiterung des Militär- und Wirtschaftskomplexes der SS	60

Von den Außenkommandos zu den Außenlagern 62

1936–1942: Arbeitseinsatz für SS-Dienststellen und Privatunternehmen	63
März 1942 bis Frühjahr 1944: Verlagerung der Kapazitäten zugunsten der Kriegswirtschaft	70
Frühjahr 1944 bis Frühjahr 1945: Zwangsarbeit für den „totalen Krieg“	77
Die Außenlager des KZ Sachsenhausen – eine Bilanz	85

Die Konzentrationslager-SS. Organisation und Verwaltung 86

Die Verwaltungszentrale des KZ-Terrors in Oranienburg	87
Die Inspektion und das KZ Sachsenhausen – Verflechtungen und Netzwerke	97
Die SS-Wachmannschaften im KZ Sachsenhausen	100
Der Kommandanturstab: Organisation und Arbeitsweise	107
Die sogenannte Häftlingsselbstverwaltung 108 – Die Kommandanten 111 – Die Adjutanten 116 – Die Gerichtsführer 119 – Die Politische Abteilung 121 – Das Schutzhaftlager 125 – Arbeitseinsatzführer 126 – Die Rapportführer und weitere Blockführer 127 – Die Verwaltungsabteilung 135 – Die Medizinische Abteilung 137 – Die Abteilung „Weltanschauliche Erziehung“ 149	
Die Konzentrationslager-SS in Oranienburg – „normale“ Männer oder „Bestien“?	150



Die Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen 1936–1945 158

Von „Menschen und Unmenschen“ (Andrzej Szczypiorski)	159
Die Zahl der Häftlinge des KZ Sachsenhausen 1936–1945	163
„Hier war das ganze Europa“ (Andrzej Szczypiorski): Häftlingsgruppen und Nationalitäten	170
Reichsdeutsche Häftlinge 171 – Ausländische Häftlingsgruppen 226 – Jüdische Häftlinge im KZ Sachsenhausen 1936–1945 351	

Mord und Massenmord 1936–1945 468

Das KZ als „Mordmaschine“	469
Mord- und Massenmord in der Aufbau- und Vorkriegsphase des KZ Sachsenhausen 1936–1939	482
Mord und Massenmord in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges 1939–1942	482
Im Bluttausch der ersten Kriegsjahre 482 – Hinrichtungen am Galgen, im Zellenbau und auf dem Appellplatz 502 – Die Erschießung von 33 Polen am 9. November 1940 507 – Mordaktionen gegen sowjetische Kriegsgefangene im Jahr 1941/42 508 – Die Erschießung von 95 niederländischen Widerstandskämpfern im Mai 1942 520 – Jüdische Geiseler-schießungen und Morde aus Rache und Vergeltung 522 – Die Krankenmordaktion „14f13“ und weitere Mordaktionen an kranken Häftlingen 1941/42 526	
Mord und Massenmord in der Endphase des Zweiten Weltkrieges 1942–1945	534
Außenkommandos und Außenlager 535 – Exekutionen von Widerstandskämpfern in Europa 550 – Massenmord an Hunderten zivilen Zwangsarbeitern 555 – Hinrichtungen von KZ-Häftlingen vor den angetretenen Lagerin-sassen 558 – Die Auslieferung der Zuchthausgefangenen zur „Vernichtung durch Arbeit“ 565 – Kriegsendverbrechen. Massenmorde im Vorfeld der Evakuierung des Lagers 571 – Die Erschießung von sogenannten unsicheren und als gefährlich geltenden Häftlingen 573 – Der Zellenbau wird geleert 579 – Der Massenmord an den Häftlingen des KZ-Außenlagers Lieberose 583 – Menschenversuche mit tödlichem Ausgang in der Endphase des Krieges 589 – Der Todesmarsch 600	

Epilog 606

Ausblick	627
Das sowjetische Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen (1945–1950)	627
Vom sowjetischen Speziallager zur Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen	629

Anhang 635

Personenregister	635
Ortsregister	640
Quellenangaben und Literaturempfehlungen	642
Dank	646
Impressum	648



Zum Geleit

Nach langen Jahren, in denen Günter Morsch die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und ihre Einrichtungen neu konzeptioniert, mitaufgebaut und als Direktor geleitet hat, legt er nun mit „Sachsenhausen. Das Konzentrationslager bei der Reichshauptstadt 1936-1945“ eine fulminante Studie vor.

Man wird sie mit Recht als Synthese eines Forscherlebens und eines Gedenkstättenverantwortlichen bezeichnen können, der die Geschichte Sachsenhausens wie kein Zweiter wissenschaftlich analysiert und in zahlreichen Publikationen beschrieben hat und ein ausgewiesener Kenner des nationalsozialistischen Regimes und seiner Nachwirkungen ist. Aber nicht nur das. Günter Morsch kannte viele ehemalige Häftlinge, konnte zahlreiche, zum Teil sehr tiefgehende persönliche Beziehungen aufbauen, Dutzende Interviews führen und durch aufmerksames Zuhören und zugewandtes Begleiten die Sichtweise und Erfahrungen derer ergründen, die das Martyrium einer Haft in Sachsenhausen überleben konnten. Und: Er begreift Sachsenhausen als eine Verflechtungsgeschichte, die das Schicksal zigtausender Häftlinge aus unterschiedlichen Nationen mit einem weitgespannten Netz aus Haupt- und Außenlagern und unterschiedlichen Tätern und Täterinstitutionen verbindet. Dazu gehört insbesondere die „Inspektion der Konzentrationslager“, die, obgleich bis heute vielen unbekannt, eine entscheidende Lenkungsfunktion für die deutschen Konzentrationslager in Europa innehatte und sich in unmittelbarer Nähe zu Sachsenhausen befand. In chronologischer Hinsicht umspannt diese Verflechtungsgeschichte nicht nur die Zeit von 1936 bis 1945, sondern reicht bis in die Anfangszeit des NS-Regimes zurück, als ebenfalls in Oranienburg und noch vor Dachau, eines der ersten von der SA geleiteten Konzentrationslager errichtet worden war. Sie lenkt den Blick auch auf die Zeit nach 1945, als die sowjetische Besatzungsmacht Teile des Geländes bis 1950 als Speziallager nutzte.

Durch einen Hauptfokus auf die Biografien und den Anspruch, mit der Studie eine allgemein

verständliche Analyse zu publizieren, die – wissenschaftlich-empirisch fundierte – Erzählungen über Menschen und ihre Schicksale enthält, sollte auch der historische Laie die Lektüre nicht scheuen. Im Gegenteil: Es geht um forschende Analyse, kognitives Verstehen und Empathie. Genau darauf zielt das Buch ab, mit der Untersuchung eines genauso wichtigen wie von Gewalt, Unterdrückung und Mord geprägten Ortes im nationalsozialistischen Regime, an dem die Täterinnen und Täter Tausende von Biografien zerstörten, Hoffnungen, Zukunftsentwürfe, Erinnerungen, Lebensleistungen, Partnerschaften, Familien zunichtemachten, durch Verbrechen in einem System, in das weite Teile der deutschen Gesellschaft – in Oranienburg und andernorts – verstrickt waren.

Die Studie erscheint in einer Zeit, in der die Notwendigkeit kritisch-reflektierter Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit zunehmend angezweifelt wird und nationalistische Geschichtsmythen und verklärende Zerrbilder Teile der Medienlandschaft beherrschen. Bücher von renommierten Experten wie Günter Morsch, mit seinen tiefen Erfahrungen auch als Hochschullehrer, die gleichwohl auf ein breites Publikum zielen, sind daher genauso wichtig wie wertvoll.

Heute besuchen jährliche Hunderttausende Menschen die Gedenkstätte. Mit „Sachsenhausen. Das Konzentrationslager bei der Reichshauptstadt 1936-1945“ liegt für sie wie für alle anderen Interessierten eine Studie vor, die kritische Fragen stellt, analysiert, diskutiert, erzählt, bewegt und nachdenklich stimmt.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern und auch den Kolleginnen und Kollegen in der Gedenkstätte, für die dieses Buch mit Sicherheit ein wertvoller Begleiter sein wird, eine anregende Lektüre.

Axel Drecol
Direktor der Stiftung Brandenburgische
Gedenkstätten
Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen



Vorwort

Mit „Sachsenhausen. Das Konzentrationslager bei der Reichshauptstadt Berlin“ legt Günter Morsch die Geschichte einer Institution vor, die im nationalsozialistischen Lagersystem von zentraler Bedeutung war. Es gibt niemanden, der über dieses KZ und seinen Ort im nationalsozialistischen Arbeits- und Unterdrückungssystem besser Bescheid wüsste als dieser Autor, der die Gedenkstätte Sachsenhausen von 1993 bis 2018 geleitet und als einschlägig ausgewiesener Historiker umfangreiche Forschungen zur Thematik angeregt, koordiniert und selbst betrieben hat. Der von ihm nun vorgelegte Band zieht die Summe aus diesen Forschungen, aus persönlichen Begegnungen mit zahlreichen ehemaligen Häftlingen und aus den Erfahrungen, die er bei der Vermittlung sich daraus ergebender Erkenntnisse in der Öffentlichkeit machen konnte. Das Buch erscheint überdies zu einem Zeitpunkt, an dem die öffentliche Erinnerung an den Nationalsozialismus durch den generationellen Wandel, durch intellektuelle Umbrüche und politische Veränderungen herausgefordert wird. Eine gründliche, tiefgreifende und bewegende KZ-Geschichte wie diese kann dabei helfen, sich darauf einzustellen.

Die Einwohner von Oranienburg hatten ähnlich wie die Bewohner von Dachau vom ersten bis zum letzten Jahr des „Dritten Reiches“ mit der Existenz eines KZ in ihrem Stadtgebiet zu tun, das keineswegs heimlich betrieben wurde, sondern mit seinen Gebäuden, Bewachungsmannschaften und Häftlingen sehr sichtbar und präsent war. Morsch zeigt dies eindrücklich. Ab 1933 existierte hier das erste preußische KZ, ein von der SA geleitetes Lager auf dem Gelände der ehemaligen Kindl-Brauerei, überwiegend für politische Gegner des NS-Regimes, die zu städtischer Zwangsarbeit herangezogen wurden und Misshandlungen erdulden mussten. 1936 begann die SS in unmittelbarer Nähe mit dem Aufbau eines neuen Lagers, das nach dem Willen der Planer „vollkommen neu, jederzeit erweiterungsfähig, modern und neuzeitlich“ sein und anderen zu bauenden Lagern als Modell dienen sollte. Das

„KZ Sachsenhausen“ wuchs schnell. 1941 waren in seinen Baracken und in den meist nahe gelegenen „Außenstellen“ um 10 000, 1945 über 40 000 Häftlinge untergebracht, meist in drang- und qualvoller Enge und unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Günter Morsch legt eine wissenschaftlich verbindliche, verlässliche und anrührende Geschichte dieser Institution vor, die mit einem Ausblick auf ihr Nachleben als sowjetisches „Speziallager“ 1945 bis 1950 endet. Er konzentriert seine Darstellung auf drei Schwerpunkte. Im ersten behandelt er die Architektur, die Organisation und die Verwaltung des Lagers sowie seinen Ort im nationalsozialistischen KZ-System insgesamt. „Sachsenhausen“ bestand nicht nur aus zahlreichen Baracken für die Häftlinge, sondern auch aus gesonderten Bezirken für die Kommandantur und Verwaltung sowie für die „Wachmannschaften“, zu denen bald über 1000 SS-Männer gehörten. Morsch deutet den Aufbau und die Gestalt des Lagers als eine spezifische Verkörperung von Terror, Moderne und idyllisierender Ästhetik mit einer Oberfläche, die auch internationalen Besuchern beschönigend vorgeführt werden konnte. Aber neben den Rasen- und Blumenbeeten standen Pfähle, an denen die wachhabenden SS-Männer Häftlinge mit auf den Rücken gefesselten Händen aufzuhängen pflegten. Morsch beschreibt die verschiedenen Funktionsbereiche des Lagers und die alltäglichen Verfahren einer Verwaltung, die für die untergeordneten Tätigkeiten in den „Schreibstuben“ Häftlinge einsetzte, auf Ordnung und Regelmäßigkeit Wert legte, Quantifizierung hochschätzte und nicht nur die Zwangsarbeit der Gefangenen organisierte, sondern auch ihre Misshandlung und – in einer zunehmenden Zahl von Fällen – den Vollzug ihrer Ermordung. Er führt aus, wie um das Hauptlager herum ein Netz von „Außenlagern“ entstand. Denn die Zwangsarbeit der Häftlinge vor allem für Unternehmen der Rüstungswirtschaft, dann auch in anderen Branchen fand zwar in den ersten Jahren vornehmlich in dafür vorgesehenen Räumen des Hauptlagers

statt, zunehmend aber in dezentral errichteten Außenstellen. Und schließlich zeigt Morsch, wie die Leitungs- und Inspektionsabteilung von Sachsenhausen, begünstigt durch die Nähe Oranienburgs zur Reichshauptstadt Berlin, zur Verwaltungszentrale des bald riesigen nationalsozialistischen KZ-Systems wurde, zu dem Anfang 1945 15 KZ-Hauptlager mit circa 1000 Nebenlagern und insgesamt etwa 700 000 Häftlinge gehörten. Hier wurden wichtige Entscheidungen getroffen, auch noch über die Todesmärsche, mit denen in den letzten Monaten des Krieges Lager geleert und Häftlinge der Befreiung durch die siegreichen Alliierten entzogen werden sollten.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der Erlebnisse, Erfahrungen und Berichte der „KZ-Häftlinge“. Der Autor verwendet erhebliche Mühe darauf, diese Menschen mit ihren persönlichen Schicksalsverläufen vorzustellen und sie aus ihren Blickwinkeln berichtend und deutend zu Wort kommen zu lassen. Dabei werden auch Probleme und Konflikte, wie sie sich nicht nur im KZ, sondern auch bei der Integration der Überlebenden in die Nachkriegsgesellschaften der verschiedenen Länder ergaben, thematisiert. Dreizehn nationale Häftlingsgruppen, die aus politischen Gründen, mit rassistischen Begründungen, aufgrund wirtschaftlicher Motive oder anders bedingt in das KZ verschleppt wurden, werden näher betrachtet. Darunter sind auch bisher weitgehend unbekannte Häftlingsgruppen, z. B. griechische Generäle, von denen die meisten nach ihrer Befreiung politischen Einfluss auf die Entwicklung in Griechenland nahmen. Das Schicksal der rund 30 000 jüdischen Häftlinge wird ausführlich dargestellt, darunter auch eine Vielzahl von prominenten Vertretern und Funktionären der verschiedenen in Berlin ansässigen jüdischen Verbände. Die Darstellung der Arbeitsverhältnisse, des Lebens und Leidens der Häftlinge im KZ Sachsenhausen geht in vielen Aspekten über die bisher bekannten Quellen und Darstellungen hinaus. Dabei wird deutlich, dass das KZ Sachsenhausen auch ein Tatort der Shoa war, wo vor allem ungarische, polnische und slowakische Juden den Kriegsendverbrechen der Konzentrationslager-SS zum Opfer fielen.

In dem Kapitel „Mord und Massenmord“, das einen dritten Schwerpunkt der Publikation darstellt, wird mit ausführlichen Zitaten von Häftlingen – zum Teil aus sorgfältig ausgewerteten west- und ostdeutschen Gerichtsprozessen – belegt, dass

die in Medien und einem Teil der Geschichtswissenschaft häufig vertretene Ansicht, dass Konzentrationslager wie Sachsenhausen hauptsächlich Zwangsarbeitslager und weniger Todes- und Vernichtungslager waren, jedenfalls für das KZ bei der Reichshauptstadt nicht zutrifft. Eine Mehrzahl der mindestens 45 000 Toten, die dem Terror der SS im KZ Sachsenhausen zum Opfer fielen, wurde mehr oder weniger gezielt und geplant ermordet. Erstmals werden im Schlusskapitel die fast 50 verschiedenen Mord- und Massenmordaktionen aufgelistet, die im KZ Sachsenhausen zwischen 1936 und 1945 stattfanden. Nach Morsch neigte die Konzentrationslager-SS vor allem gegen Ende des Krieges immer mehr dazu, die Ausbeutung der Arbeitskraft der KZ-Zwangsarbeiter im Vergleich zur allgemeinen Vernichtungspolitik, die immer größere Häftlingsgruppen erfasste, zurückzustellen. Neben dem Oranienburger Hauptlager wurden auch KZ-Außenlager wie Lieberose und Schwarzhöhe zu Orten des Mordens und Sterbens. Zur Erklärung dieser in den letzten Kriegsjahren immer mehr um sich greifenden „Mordorgien“ reicht nach Ansicht des Autors die von Ian Kershaw entwickelte Erklärung, dass das Regime gegen Ende Amok gelaufen sei und in einem Akt der Selbstzerstörung alle und jeden mit in seinen Untergang reißen wollte, nicht aus. Vielmehr habe sich selbst hinter diesen so irrational erscheinenden Handlungsweisen eine weitgehend an den Grundsätzen der NS-Vernichtungsideologie orientierte Planung verborgen, an der die KZ-Inspektion in Oranienburg maßgeblichen Anteil hatte.

In den Text sind die seit der Gründung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 1993 erarbeiteten und über den Kreis von Experten hinaus nur wenig bekannten Forschungsergebnisse der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen eingeflossen. Viele Doktoranden und Studierende haben Wichtiges beigetragen. Die Publikation enthält rund 300 historische Fotos und Häftlingszeichnungen. Mittels eines fast 1400 Namen umfassenden Personen- und Ortsverzeichnisses lässt sich das Werk für anschließende Recherchen unter verschiedenen Fragestellungen gut benutzen. Methodisch legt Morsch besonderen Wert auf die Verknüpfung der Analyse von Institutionen und Prozessen mit zahlreichen Kurzbiografien, die er zitatenreich aus überlieferten Textquellen sowie aus seinen Begegnungen, Gesprächen und Interviews mit überlebenden Betroffenen

schöpft und laufend in die Darstellung einbringt. Diese Verknüpfung von nüchterner Analyse und packender Erzählung zeichnet die Darstellung aus. Sie verleiht ihr besonderen Reiz und sollte ihr das teilnehmende Interesse eines breiten Lesepublikums sichern. Dabei ist zu bedenken, dass es gegenwärtig nur noch ganz wenige Zeitzeugen gibt, die die Verfolgungen, das Leid und die Umstände jener dunklen Zeit als Opfer, Überlebende, Beobachter oder auch als Täter persönlich erlebt haben und berichten können, und auch sie werden bald endgültig verschwunden sein. In der vorliegenden Darstellung erhalten sie noch einmal Stimme und Einfluss, denn sie werden von Günter Morsch ausführlich berichtet und zitiert. Er hat sie als engagierter Historiker und als Gedenkstättenleiter in großer Eindringlichkeit und mit differenzierender Umsicht erkundet und bewahrt.

Gegenwärtig wird die historische Erinnerung an die Millionen Opfer von Krieg, Massenmord, Unterdrückung und Vertreibung politisch stark und einseitig instrumentalisiert, und zwar in

unterschiedliche, zum Teil entgegengesetzte Richtungen. Zum Teil wird sie zurückgestutzt und beschönigt, in vielen Ländern und tendenziell auch in Deutschland. Teilweise verblasst sie mit zunehmender Distanz, im generationellen Wechsel. Doch die ehrliche, wenn auch schmerzliche Erinnerung an deutsche Verbrechen, ihre Opfer und ihre Träger ist nicht nur ein Erfordernis historischer Gerechtigkeit, sie hat vielmehr auch der politischen Kultur der Bundesrepublik entscheidend gutgetan. Es ist dringlich, sie zu erhalten, wenn sie sich auch in Akzentsetzung, Form und Intensität ändern mag. Als authentische Orte des Terrors, des Leidens und der Trauer stellen dafür die Stätten des Gedenkens an ehemalige Konzentrationslager eine wichtige Grundlage dar. Das genaue Wissen über das, was in ihnen geschah, ist unabdingbar. Günter Morsch veröffentlicht seinen eindrucksvollen Bericht über Sachsenhausen zur rechten Zeit.

Jürgen Kocka

Konzentrations Lager der Standarte 208.



Oranienburg, eine Kleinstadt im Schatten des KZ-Systems 1933–1945

„Oranienburg – welch ein Wort! Einst bloß der Name einer Stadt vor den Toren Berlins, einer Stadt mit schönem Schloss und Park, mit gut gehenden Fabriken, mit ruhig-behaglichen Wohnvierteln pensionierter Beamter, heute der Name eines Ortes, der immer, immer wieder nur mit einem verzweifelten Fluch auf den Lippen genannt wird, der Name eines Ortes, nach dem sich die schmerzlichsten Gedanken so vieler, vieler Frauen gepeinigter Männer in Hoffnungslosigkeit richten, der Name eines Ortes, der in manches Herz unschuldiger Kinder das erste böse Gift des Hasses senkte. Oranienburg!“¹

Als der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gerhart Seger diese Anfangszeilen in seinem „ersten authentischen Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten“ 1934 in Prag schrieb, konnte er noch nicht ahnen, dass sein scharfes Verdikt über die märkische Kleinstadt bis zum Ende des „Dritten Reiches“ Gültigkeit behalten sollte. Denn die ganzen zwölf Jahre über, in denen die Nationalsozialisten in Deutschland herrschten, prägte das System der Konzentrationslager auch die lokale Geschichte und lebten die Einwohner Oranienburgs im Schatten von Stacheldraht und Wachtürmen. Gerhart Segers Bericht wurde im Übrigen schon bald nach der Veröffentlichung in hoher Auflage verbreitet und in mehrere Sprachen übersetzt.

Schwer bewaffnete SA- und SS-Männer gehörten in dieser Zeit ebenso zum alltäglichen Erscheinungsbild der Stadt wie die Häftlinge in ihrer seltsamen, lächerlich wirkenden Häftlingskleidung, die sich unter scharfer Bewachung über die städtischen Straßen und Plätze schleppen mussten. Häufig zwangen ihre in schicke brau-

ne, schwarze oder graue Uniformen gekleideten Wächter sie, bekannte deutsche Volkslieder zu singen, um für umstehende oder vorbeigehende, neugierige oder gleichgültige Passanten den abstoßenden Anblick der Marschierer ein wenig abzumildern. Denn die Häftlinge schleppten sich meist mühselig dahin, waren ausgezehrt und hohlwangig, nicht selten zerlumpt, für jedermann sichtbar. Das Konzentrationslager Oranienburg – das erste staatliche Konzentrationslager in Preußen – befand sich mitten im Stadtzentrum in einer ehemaligen Brauerei an der nach Berlin führenden Reichsstraße, nicht weit entfernt vom ältesten Barockschloss der Mark Brandenburg, das vom Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg erbaut worden war. In unmittelbarer Nähe zum Konzentrationslager Oranienburg, auf den Gemarkungen der Stadt Oranienburg und der kleinen, von Friedrich II. gegründeten Gemeinde Sachsenhausen, lag das gleichnamige Konzentrationslager „neuen Typus“. Zwar waren schon im Juli 1934 die Häftlinge des KZ Oranienburg auf 13 Lastwagen in das KZ Lichtenburg, das in Sachsen-Anhalt an der Elbe lag, abtransportiert worden, aber die Gebäude, die nun von Häftlingen entleert waren, blieben als „Reservelager für Berlin für etwa eintretenden Bedarf“² bestehen. Bewacht wurden sie von einem kleinen Zug SS-Soldaten unter dem Kommando eines SS-Führers, die zusammen mit ihren Kameraden des „Totenkopfsturmbanns Brandenburg“ im wenige Hundert Meter entfernten Schloss untergebracht waren. Erst nachdem die ersten Häftlingsbaracken des neuen Konzentrationslagers Sachsenhausen

¹ Seger 1934, S. 13.

² Schreiben Heinrich Himmlers an Werner Bracht vom 18.08.1934, GStA Berlin, Rep. 90P, Bd. 104.

standen, gab die SS das von ihnen angemietete ehemalige Industrieareal wieder an die Stadtverwaltung zurück – „besenrein“, wie die Pächter betonten.³

Oranienburg und Dachau waren die einzigen deutschen Städte, in denen die Nationalsozialisten von Anbeginn ihrer Herrschaft im Jahre 1933 an bis zur Befreiung von ihrem Regime im Frühjahr 1945 durch die Alliierten, die Sieger des Zweiten Weltkrieges, große KZ-Hauptlager unterhielten. Ein wichtiger Grund hierfür waren ihre unmittelbaren Nachbarschaften zum einen zu München, „der Hauptstadt der Bewegung“, und zum anderen zu Berlin, der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Heinrich Himmler, der aus München stammende Chef der SS, richtete in Dachau das erste seiner dem „Orden unter dem Totenkopf“ unterstellten Konzentrationslager am 22. März 1933 ein, einen Tag nach der Öffnung des märkischen Lagers in Oranienburg. Ihm und seiner SS galt Dachau lange Zeit als eine Art Vorbild, auf das sie stolz waren. Die Rolle als Modell- und Leitlager für das ganze System der Konzentrationslager übernahm 1936 jedoch das KZ Sachsenhausen. Unmittelbar angrenzend an das dortige Lager der Wachtruppen mussten die Häftlinge im Sommer 1938 ein großes, zweistöckiges, in seiner äußeren Gestalt an ein „T“ erinnerndes Gebäude errichten. Von dort aus dirigierte, beaufsichtigte und verwaltete bis zum Ende der NS-Diktatur ein relativ kleiner Stab von bis zu 200 SS-Bediensteten alle deutschen Konzentrationslager zwischen Vaivara (Estland) im Norden und Mauthausen (Ostmark) im Süden, zwischen Majdanek (Generalgouvernement) im Osten und Herzogenbusch (Niederlande) im Westen.

Diese kaum unterbrochene Kontinuität der beiden KZ in der märkischen Kleinstadt mag einer der Gründe dafür sein, warum bis heute das Konzentrationslager Oranienburg mit dem Konzentrationslager Sachsenhausen, das zwischen 1936 und 1945 bestand, verwechselt oder gar gleichgesetzt wird. Selbst in den Dokumenten des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, der bereits zwischen November 1945 und Oktober 1946 stattfand, werden beide Lager nicht konsequent auseinandergehalten. Dabei hatten die Ankläger der Alliierten eine erstaunliche Fülle von Dokumenten und Zeugenaussagen zur Geschichte der Konzentrationslager zusammen-

getragen, die noch über viele Jahrzehnte unsere Vorstellungen von den dort verübten Schrecken und Verbrechen prägten. Heute aber sind die frühen Konzentrationslager in der breiten Öffentlichkeit fast ganz vergessen oder werden verharmlost. Die nationalsozialistischen Vernichtungslager, insbesondere Auschwitz-Birkenau, sind fälschlicherweise zum Synonym der deutschen Konzentrationslager geworden, obwohl die meisten von ihnen – nämlich Belzec, Kulmhof, Sobibor und Treblinka – nicht der zentralen Verwaltung der Konzentrationslager in Oranienburg unterstanden, sondern anderen SS-Ämtern.

Die Entwicklung Oranienburgs

Das 1216 erstmals erwähnte Oranienburg, das bis zur Umbenennung Mitte des 17. Jahrhunderts Bötzw hieß, liegt heute wenige Kilometer vor den Toren der Hauptstadt Berlin. Mit Stolz blicken die Oranienburger auf das von Kurfürst Friedrich Wilhelm für seine Ehefrau Louise Henriette von Oranien erbaute Barockschloss, nach dem die Stadt ihren heutigen Namen erhielt. Doch bereits der Sohn der beiden Herrscher, der sich ab 1701 Friedrich I. König in Preußen nannte, zog sich aus der märkischen Provinz zurück. Nur ein halbes Jahrhundert später verlor das Schloss, das zuletzt von August Wilhelm, dem wenig geliebten Bruder Friedrichs II., bewohnt worden war, seine Funktion als Residenz der Hohenzollern. Danach versank die märkische Kleinstadt für mehr als hundert Jahre wieder in provinzieller Bedeutungslosigkeit. Das Schloss verfiel und wurde als chemische Fabrik zweckentfremdet.

Erst Ende des 19. Jahrhunderts brachte die auch im Umland der Reichshauptstadt voranschreitende Industrialisierung für die damals knapp 5000 Einwohner der Stadt einen unverhofften Aufschwung. Maßgeblich für die Ansiedlung von Werken der chemischen und der Metallindustrie war der 1877 erfolgte Anschluss Oranienburgs an die Nordbahn Berlin–Stralsund sowie die bald danach gelungene Einbeziehung in den Berliner Vorort-Verkehr. Dadurch suchten nicht nur an den Wochenenden Tausende von Großstadtbewohnern Erholung und Ruhe am Lehnitzsee und in den dicht die Stadt umschließenden Brandenburger Wäldern. Vielmehr konnten nun auch Arbeiter in weniger als einer Dreiviertelstunde

³ Morsch 2014, S. 17.

täglich zu den immer zahlreicher werdenden Industriearbeitsplätzen Oranienburgs pendeln. Nicht wenige von ihnen ließen die engen und ungesunden Mietquartiere der Reichshauptstadt hinter sich und wählten für sich und ihre Familien einen dauerhaften Wohnsitz in der Nähe ihrer Arbeitsplätze. So verdoppelte sich die Einwohnerzahl Oranienburgs von knapp 7000 im Jahr 1890 innerhalb von nur 20 Jahren auf rund 13 000. Weltkrieg und Wirtschaftskrisen bremsen zwar diese stürmische Entwicklung etwas ab, doch bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 konnte die Stadt erneut einen Zuwachs von etwa 5000 Einwohnern vorweisen. Der schon bald danach einsetzende, hauptsächlich durch die Aufrüstung verursachte wirtschaftliche Aufschwung führte dazu, dass bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 erneut Tausende in die märkische Kleinstadt zogen. Viele dieser Menschen fanden ihre neue Heimstatt in den ab 1936 erbauten Wohnsiedlungen der Flugzeugwerke Heinkel. Unter den nun rund 27 000 Oranienburgern befanden sich ab diesem Zeitpunkt aber auch viele Männer, an deren schwarzen oder grauen Uniformkragen und Mützen das Symbol der SS, der Totenkopf, prangte.

Mit den meist aus Berlin neu hinzugezogenen Bürgern kam jedoch keine wirklich städtische Kultur in die Provinz. Es gab zwar ein Kino und ein kleines Laientheater, aber offenbar konnte sich so dicht an der Reichshauptstadt kein eigenes kulturelles Milieu entwickeln. Das lag auch daran, dass die Neubürger fast ausschließlich aus der Arbeiterschaft stammten und sich ein selbstbewusstes Bürgertum in der ehemaligen Residenzstadt, die nach 1750 über ein Jahrhundert lang vergessen worden war, kaum entwickeln konnte.

Auch die jüdische Gemeinde der Stadt, deren Ursprünge sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen lassen, blieb vergleichsweise klein. Immerhin wurde ihr in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestattet, einen jüdischen Friedhof einzurichten und eine kleine Synagoge zu bauen. Doch schon mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise ab 1928 verließen immer mehr Juden die Stadt. Mit der Schließung des Bankhauses von Martin Blumenthal, dessen Familie es trotz ihres jüdischen Glaubens zu Ansehen, Ehrentiteln und öffentlichen Ämtern gebracht hatte, und dem Umzug des Gemeindevorsitzenden nach Berlin begann bereits der Niedergang. Waren schon vor 1933 die Anzeichen von antisemitischer Hetze

und Judenfeindlichkeit nicht mehr zu übersehen, so kam es auch in Oranienburg wie vielerorts im Deutschen Reich am 1. April 1933 im Zuge des reichsweiten Boykotts jüdischer Geschäfte, den Propagandaminister Joseph Goebbels ausgerufen hatte, zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Der nationalsozialistische Terror erreichte in den Tagen nach dem 9. November 1938 – nach der „Kristallnacht“ – einen neuen Höhepunkt. Zu dieser Zeit zählte die jüdische Gemeinde nur noch etwa 40 Personen. Als Ende 1941 die Deportationszüge in die Vernichtungslager und Ghettos des Ostens rollten, verschleppten die Nationalsozialisten die letzten knapp 30 jüdischen Einwohner Oranienburgs zu den Stätten der Shoah, um sie dort zu ermorden. Erst über 55 Jahre später konnte sich eine neue jüdische Gemeinde in Oranienburg gründen. Alle ihre Mitglieder waren aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert.

Die einzige Einrichtung, die den Namen der Stadt über die lokalen Grenzen hinaus ein klein wenig bekannt machte, war die Obstbaukolonie Eden, die Ende des 19. Jahrhunderts in einem eigenen Stadtteil vor allem von Berliner Vegetariern gegründet worden war. Der noch heute bekannte Name für den Versuch, auf der Grundlage genossenschaftlichen Eigentums eine soziale und kulturelle, möglichst naturnahe Lebens- und Arbeitsgemeinschaft zu bilden, zog nicht wenige Künstler und Intellektuelle an, die sich in ihren Berichten begeistert oder skeptisch über das Experiment äußerten und es auf diese Weise weit über Oranienburg, Preußen und Deutschland hinaus bekannt machten.

Die von zahllosen Bäumen und großen Gemüsegärten geprägte Siedlung am Rande Oranienburgs kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den städtischen Behörden nie gelang, das chaotische Wachstum der Stadt, das durch den plötzlichen Industrialisierungsboom verursacht wurde, in eine geregelte und sinnvolle Stadtentwicklung zu überführen. Ein in der Weimarer Republik entwickelter Masterplan wurde damals nie realisiert und erst nach der friedlichen Revolution in den 1990er-Jahren wieder aufgegriffen. So wuchs Oranienburg – ähnlich amerikanischen Städten – in die Breite, anstatt sich zu verdichten. Es gelang bis in die Gegenwart hinein nicht, ein urbanes Stadtzentrum zu schaffen. Industrie- und Gewerbeansiedlungen wucherten relativ planlos in die umliegenden Wald- und Brachflächen hinein.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zählte die große Mehrheit der Einwohner Oranienburgs zur Arbeiterschaft. Deren politische Präferenzen für die Sozialdemokraten und Kommunisten drückte sich auch in vergleichsweise hohen Stimmanteilen bei den verschiedenen Wahlen im Jahre 1932 aus. Diese beiden Arbeiterparteien erhielten fast den gleichen Zuspruch aus der Bevölkerung, lagen allerdings in heftigem Streit miteinander und bekämpften sich gegenseitig. Zusammen übertrafen sie jedoch sowohl bei der Reichstagswahl im Juli 1932 als auch der Reichstagswahl im November des gleichen Jahres knapp den Stimmenanteil der Nationalsozialisten. Das war in der Provinz Brandenburg eher die Ausnahme, wo aufgrund der überwiegend ländlichen und dörflichen Strukturen der Mark die Nationalsozialisten im Vergleich zum Durchschnitt im Deutschen Reich deutlich besser abschnitten. Ungeachtet dieser Wahlergebnisse glaubten immerhin mehr als 40 Prozent der Oranienburger Wähler an die Versprechungen Hitlers. Die relative Stärke der Nationalsozialisten in Oranienburg hebt sich besonders im Vergleich mit den Wahlergebnissen in Berlin ab, von wo ein großer Teil der Neubürger stammte. Dort, in der „roten“ Hochburg, schaffte es die NSDAP selbst bei den größtenteils unfreien Reichstagswahlen im März 1933 nie, die politische Dominanz der beiden Arbeiterparteien zu brechen – trotz des rasant wachsenden Terrors und den Morden an politischen Gegnern der neuen von Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannten Koalitionsregierung unter Reichskanzler Adolf Hitler.

Vom Straßenkampf zum Konzentrationslager

Hitler verfolgte eine Doppelstrategie zur Zerstörung der Weimarer Republik: die legale Machteroberung mittels Wahlen und Regierungsbeteiligungen in Ländern, Kreisen und Kommunen, die ergänzt wurde durch die Provokation bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Diese Strategie hatte auch in Oranienburg Erfolg. Mehrfach kam es bereits lange vor der Machtübernahme im Januar 1933 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Vor allem Kommunisten und Nationalsozialisten standen sich dabei feindlich gegenüber. Aber auch Sozialdemokraten und Angehörige des

Reichsbanners sowie die aus Gewerkschaften und SPD gebildete „Eiserne Front“ mussten sich der Angriffe der Nationalsozialisten erwehren, bei denen sich in erster Linie die Mitglieder der örtlichen SA als besonders gewalttätig hervortaten.

So kam es nach wiederholten gewalttätigen Zusammenstößen im Frühjahr und Sommer 1931 am 24. September des gleichen Jahres zu einem Überfall von rund 100 Nationalsozialisten auf das kommunistische Stammlokal „Zum Oranienburger Wappen“. Mit Stöcken, Knüppeln und sonstigen Schlagwerkzeugen waren die Hitler-Anhänger von ihrem Sturmlokal „Rats-Café“ zu einer vorgeblichen Straffraktion aufgebrochen. Bereits auf dem Weg dorthin randalierten sie und belästigten zufällige Passanten. Kommunisten, die ihnen begegneten, wurden zusammengeschlagen. Als diese sich in ihrem Lokal verbarrikadierten, gaben die Nationalsozialisten bis zu 20 Schüsse auf das Gebäude und die danebenliegende Wohnung des Vorsitzenden der KPD-Stadtverordnetenfraktion Wilhelm Schulz ab. Zwar war durch die Schüsse offenbar niemand verletzt worden, trotzdem konnte der Angriff des nationalsozialistischen Mobs als versuchter Totschlag oder Mord gewertet werden. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch das Gericht sahen das jedoch anders. 33 nationalsozialistische Tatbeteiligte wurden nur zu geringen Gefängnisstrafen verurteilt, die überdies bald darauf von einer Berufungsinstanz herabgesetzt wurden. Ein Abschreckungseffekt ging von solchen Urteilen und Strafen nicht aus. In der Folge nahmen die gewalttätigen Provokationen eher noch zu. Nur zwei Monate nach dem Prozessende, im Februar 1932, provozierte die SA eine Schlägerei mit Angehörigen des sozialdemokratischen Reichsbanners. *„Bei der sprichwörtlichen Milde der Gerichte den Nazis gegenüber ist das auch kein Wunder“*, so kommentierte eine Oranienburger Lokalzeitung den Vorfall.⁴

Reichspräsident Hindenburg entschied sich im Januar 1933 dafür, den Führer der NSDAP mit der Bildung einer Koalitionsregierung aus NSDAP und Deutschnationalen zu beauftragen. Auf die Machtübernahme am 30. Januar 1933 reagierten die Anhänger der neuen Reichsregierung in Oranienburg ähnlich wie in Berlin und anderswo mit einem Marsch durch die Stadt, um ihren Triumph zu feiern. Dabei kam es auch in Oranienburg

4 Barnimer Tagesblatt v. 22.02.1932, zitiert in: Longerich 1994, S. 24.

erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der SA und den Kommunisten.

Solcherart Kämpfe waren bei den in erster Linie durch Intrigen und Geheimgespräche an die Macht gekommenen Nationalsozialisten durchaus erwünscht. Sie befriedigten nicht nur ihr starkes persönliches Bedürfnis nach blutiger Rache an den politischen Gegnern, sondern sollten auch ein Beleg dafür sein, dass Deutschland nun eine scharfe politische Zäsur erlebte.

Der Prozess der Machtergreifung der Nationalsozialisten erreichte im Sommer 1934 nach der Ermordung der SA-Führung um Ernst Röhm und dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg sowie der Ernennung von Adolf Hitler zum „Führer und Reichskanzler“ einen vorläufigen Abschluss. Diesen Prozess der Machtergreifung verkärten Hitlers Aktivisten und Protagonisten als „nationale Revolution“ und setzten ihn mit den revolutionären Ereignissen gleich, die in Frankreich zum Sturz der absoluten Monarchie unter Ludwig XVI. geführt hatten. Gelegentlich verglichen sie den euphorischen Rausch vieler Anhänger der neuen Regierung mit dem sogenannten Augusterlebnis von 1914, als nach der Kriegserklärung Kaiser Wilhelms II. vor allem junge Männer begeistert zu den Waffen griffen und sich freiwillig zum Kriegseinsatz meldeten. Verfolgung und Terror gegen politische Gegner vermittelten Hitlers Anhängern das berauschende Gefühl, an einem historischen Umsturz teilzunehmen. Zugleich aber dienten diese unangemessenen Vergleiche den neuen Machthabern dazu, Mord und Terror zu verharmlosen. In der französischen Revolution sei, so argumentierten sie, viel mehr Blut vergossen worden.

Hitler sprach etwa vier Jahre später von der unblutigsten Revolution der Geschichte. Schließlich lieferten historische Vergleiche auch den Bevölkerungsteilen, die dem NS-Regime eher skeptisch gegenüberstanden, einen Vorwand, um den spontanen Ausbruch von Gewalt hinzunehmen. „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“ oder „Die Kommunisten an der Macht wären mit ihren Gegnern nicht anders verfahren“ – so verharmlosten auch diejenigen Deutschen den gewaltsamen Beginn der Diktatur, die nicht den „Euphorien des Neuanfangs“ erlagen.

Nach wie vor ist die Zahl der ermordeten Opfer, die im Zuge der Machtergreifung erschossen, erschlagen, zu Tode getreten und gefoltert wurden, nicht genau bekannt. Schätzungen, wonach

allein in Brandenburg und Berlin 600 bis über 1000 Menschen schon in den ersten eineinhalb Jahren der Regierungszeit Hitlers dem NS-Terror zum Opfer fielen, erscheinen jedoch nicht übertrieben. Angesichts der ungeheuren Dimensionen der Völkermorde gegen Ende der NS-Diktatur werden diese ersten Opfer aber heute häufig vergessen.

Schon vor 1933, während ihrer von den Nationalsozialisten später verkärten „Kampfzeit“, hatten Hitler und die Führer seiner Bewegung sich mehrfach offen dazu bekannt, dass sie nach ihrer Machtübernahme mit ihren Gegnern abrechnen wollten. „*Wir haben nicht eher Ruhe*“, so drohte Hitler schon viele Jahre vor seiner Machtergreifung, „*bis der letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet ist.*“⁵ In dieser zentralen Zielsetzung sahen sich die Nationalsozialisten zu Recht mit den alten deutschnationalen und teilweise auch konservativen Eliten einig. Ganz offen konnte Hitler daher bei seiner ersten Zusammenkunft mit den wichtigsten Befehlshabern der Reichswehr nur vier Tage nach seiner Machtübernahme am 3. Februar 1933 die „*Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel*“⁶ ankündigen. Die Generäle nahmen dieses unverhohlene Bekenntnis des neuen Reichskanzlers zu schrankenlosem Terror kommentarlos hin. Vieles spricht dafür, dass die Mehrheit der anwesenden Militärs diesen Wutausbruch Hitlers teilte und billigte.

Selbst in den nationalsozialistischen Presseorganen war schon vor 1933 im Zusammenhang mit der geplanten gewaltsamen Zerschlagung der Demokratie mehrfach von der Einrichtung von Konzentrationslagern die Rede. Was diese Lager konkret bedeuten würden, blieb öffentlich jedoch zunächst offen. Doch dass unbegrenzte und willkürliche Freiheitsberaubung, harte Zwangsarbeit und entgrenzte physische und psychische Gewalt gegenüber den potenziellen Insassen zu ihrem Wesenskern gehören würden, daran bestand angesichts verschiedener Vorläufer der Konzentrationslager, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts von Kolonialverwaltungen sowie Militär-, Polizei-, Justiz- und Arbeitsbehörden eingerichtet worden waren, kaum ein Zweifel.

⁵ Jochmann 1960, S. 114.

⁶ Ausführungen des Reichskanzlers Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 03.02.1933 anlässlich eines Besuches bei General der Infanterie Freiherr von Hammerstein-Equord in dessen Wohnung. Handschr. Aufzeichnungen des Generalleutnants Liebmann, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Nr. 167/51, fol. 39, zit. in: VfZ 2 (1954) H. 4, S. 434.

Die Massenverhaftungen der politischen Gegner setzten schon während oder direkt nach den Siegesfeiern ein. Nach dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 gab es schließlich kein Halten mehr. Die am gleichen Tag von Reichspräsident Hindenburg erlassene „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ setzte mit einem Federstrich alle in der Weimarer Verfassung verankerten Grundrechte außer Kraft und gab den Polizeibehörden völlig freie Hand, um nach eigenem Gutdünken jeden zu verhaften und wegzusperren. Die paramilitärischen Hilfstuppen der neuen Koalitionsregierung – SA, SS und deutschnationaler Stahlhelm, als Hilfspolizisten vereidigt und bewaffnet – nutzten ihre neu gewonnene, fast unbegrenzte Macht, um zu schlagen, zu foltern und zu töten. Bis zu 200 000 politische Gefangene wurden von ihnen im Zuge der Machtergreifung in unterschiedliche, zumeist provisorische Haftstätten verschleppt, die überall im Deutschen Reich in Städten und Dörfern eingerichtet wurden.

Es war wohl das thüringische Innenministerium, das als erstes Anfang März 1933 – unmittelbar vor den letzten, bereits unfreien Reichstagswahlen – auf einem ehemaligen Flugplatz in Nohra bei Weimar ein Lager für etwa 200 überwiegend kommunistische Männer einrichtete und die neue Haftstätte als „Konzentrationslager“ bezeichnete. Dahinter wollten andere Protagonisten der Gewalt nicht zurückstehen. So wurden zahlreiche KZ eingerichtet, die sowohl von staatlichen Sicherheitsbehörden – allen voran den Regierungspräsidenten, Landräten und Polizeipräsidenten – als auch von den paramilitärischen Verbänden der Regierung Hitler betrieben wurden. Die meisten Initiatoren von Konzentrationslagern handelten spontan und ohne vorherige Koordinierung oder gar Anweisung von höheren Regierungsstellen. Diese bemühten sich vielmehr darum, das entstandene Chaos einzuhegen und zu organisieren. Häufig jedoch konnten sie mit der Dynamik der Neugründungen nicht Schritt halten.

Ähnlich war wohl auch die Gründung des Konzentrationslagers Oranienburg verlaufen, eher spontan und ohne Anweisungen höherer Stellen. Nach späteren Aussagen des KZ-Kommandanten Werner Schäfer und verschiedenen, sich allerdings teilweise widersprechenden Berichten der Presse soll ein Brand, der am 21. März gegen 21 Uhr in der am Hohenzollernkanal und dem Grabowsee gelegenen Lungenheilanstalt, etwa

drei Kilometer vor den Toren Oranienburgs, ausgebrochen war, die erste große Verhaftungsaktion ausgelöst haben. Ende des 19. Jahrhunderts war das Sanatorium vom Roten Kreuz als erste Heilstätte für Lungentuberkulose in Norddeutschland gegründet worden. Die zahlreichen, über eine Fläche von 30 Hektar verteilten zumeist doppelstöckigen, im Jugendstil erbauten Häuser lagen idyllisch mitten in einem großen von



KZ-Kommandant Werner Schäfer, 1934, Niedersächsisches Landesarchiv, Standort Osnabrück

Werner Schäfer (1904–1973)

Werner Schäfer wurde 1904 in Straßburg geboren. Nach dem Besuch der Handelshochschule arbeitete er als Angestellter einer Sparkasse. Nach eigenen Angaben trat er schon im Alter von 17 Jahren einer völkischen Bewegung bei; seit 1928 war er Mitglied der NSDAP. Vergeblich versuchte Schäfer, eine Polizeikarriere einzuschlagen. 1932 trat er in die SA ein, in der er rasch aufstieg und bereits ein Jahr später zum Führer der SA-Standarte 208 ernannt wurde. Nach seiner Ablösung als Kommandant des KZ Oranienburg im April 1934 verließ Schäfer Brandenburg, um die Verwaltungsleitung der Strafgefangenenlager im norddeutschen Emsland zu übernehmen. Auch dort – in der „Hölle im Moor“ – fiel er in erster Linie durch Selbstherrlichkeit auf. Eine nationalsozialistische Staatsanwaltschaft ermittelte gegen ihn wegen „Vorteilsnahme“. Schäfer blieb jedoch als Kommandeur der Strafgefangenenlager im Amt. Ab 1942 diente er in der Wehrmacht. Für die Verbrechen, die unter seiner Verantwortung in Oranienburg und im Emsland begangen worden waren, verbüßte er nach 1945 lediglich drei Jahre in britischer Internierungshaft. In den Nürnberger Prozessen sagte er als Zeuge der Verteidigung aus. Bei der Entnazifizierung wurde er als „minderbelastet“ eingestuft. Ein bundesdeutsches Gericht verurteilte ihn 1953 wegen Körperverletzung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Da die Internierungshaft als Vorstrafe anerkannt wurde, blieb er in Freiheit. Später betrieb er in München ein Reisebüro.

Kiefern, Eichen und Buchen bestanden den Forst. Mit mehreren großen Behandlungseinrichtungen, Wohnhäusern für Ärzte und Beamte, mit einem Gärtnerhaus, Pumpenhaus und einer kleinen Kapelle sowie weitläufigen gärtnerischen Anlagen gliederte sich die Einrichtung einer kleinen, ein wenig verträumten Stadt.

Den Brand, dessen Ursache nie geklärt wurde, nahmen die lokalen Nazi-Größen als willkommenen Anlass, die Gefahr eines kommunistischen Aufstandes heraufzubeschwören – so wie Hitler und Goebbels es ihnen beim Brand des Reichstages vorgemacht hatten. Zwar war der Schaden relativ gering – zwei Liegehallen sollen völlig eingäschert worden sein –, aber das war laut Berichten nur einer günstigen Wetterlage zu verdanken. Mit dem Verweis auf eine tags zuvor ebenfalls abgebrannte Scheune in einem kleinen Nachbarort konnte jedoch ein politischer Brandanschlag konstruiert und die Gefahr eines Aufstandsversuches von Kommunisten gemeinsam mit Reichsbannermitgliedern heraufbeschwohren werden. Dass diese Gefahr konstruiert war, um politische Gegner zu diskreditieren, zeigt die Tatsache, dass zur gleichen Zeit, als der Brand ausbrach, in der nur etwa einen Kilometer entfernten Landgemeinde Friedrichsthal sowie auf dem Luisenplatz vor dem Schloss in Oranienburg zwei große Fackelzüge von SA und NS-Anhängern stattfanden. Interessanterweise wurden die vermeintlichen Brandstifter den Teilnehmern des Triumphmarsches bereits vorgeführt, bevor die Feuerwehr überhaupt zum Brandort gerufen wurde. Denn bereits am Nachmittag des gleichen Tages hatten örtliche Mitglieder der für ihre Überfälle und Gewaltakte berühmten SA-Standarte 208 die ersten Kommunisten und Angehörigen des sozialdemokratischen Reichsbanners an verschiedenen Orten des Kreises Niederbarnim verhaftet und auf Lastwagen verladen. Nun fuhren sie mit diesen Verhafteten unter dem Jubel ihrer Anhänger an den Kundgebungen vorbei. Werner Schäfer, ein arbeitsloser ehemaliger Sparkassenangestellter und Führer der SA-Standarte, der schon 1928 der NSDAP beigetreten war, wählte die weitgehend leer stehenden Räume einer ehemaligen Bierbrauerei im Zentrum der märkischen Kleinstadt aus, um dort die ersten 40 Verhafteten der SA provisorisch unterzubringen.

Die Fabrikgebäude, die seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1928 leer gestanden hatten, waren schon einen Monat zuvor dem SA-Sturm

als Versammlungsstätte kostenlos überlassen worden. Während im nur wenige Hundert Meter entfernten, mit Spruchbändern, Girlanden und einem Porträt Hitlers geschmückten Schloss Anhänger der neuen Reichsregierung feierten und große Reden schwangen, wurden die ersten Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg in der Fabrik gequält. Selbst KZ-Kommandant Schäfer gab später in seinem als Propagandaschrift verfassten „Anti-Braunbuch“ zu, dass schon die ersten Opfer seiner Verhaftungsaktion „keine allzu sanfte Behandlung“ erfuhren.⁷

Der 21. März 1933 – der Tag, an dem das erste staatliche Konzentrationslager in Preußen gegründet wurde – ging in die Geschichte als „Tag von Potsdam“ ein. Geführt vom neuen Reichskanzler zogen die Abgeordneten des zwei Wochen zuvor im Zeichen von Terror und Verfolgung der politischen NS-Gegner gewählten Reichstages mit großem Pomp in die Potsdamer Garnisonkirche. Vor der Kirche verbeugte sich der in Zivil gekleidete Hitler vor dem Reichspräsidenten, dem greisen Feldmarschall Hindenburg in seiner Galauniform. Die Vertreter des „alten“ und des „neuen“ Deutschlands, so sah es die Regie von Propagandaminister Goebbels vor, reichten sich unter dem Jubel Tausender Anhänger die Hand, unter

7 Schäfer 1934, S. 23.



NS-Propagandafoto: Vor der Nikolaikirche in Potsdam begrüßt Generalsuperintendent Otto Dibelius Reichspräsident von Hindenburg, 21.03.1933, BArch Bild 183-R96855a



NS-Propagandafoto: Tag von Potsdam, Reichspräsident Paul von Hindenburg beim Abschreiten der SA-Ehrenformation, 21. März 1933, BArch Bild Nr. 102-16085

ihnen in Uniform oder Frack zahlreiche festlich gekleidete Repräsentanten des Kaiserreiches. Kurz zuvor hatte in der nahe gelegenen Nikolaikirche Generalsuperintendent Otto Dibelius in seiner Predigt vor evangelischen Reichstagsabgeordneten die Gewalttaten der Nationalsozialisten gerechtfertigt: Ein neuer Anfang der Geschichte stehe immer irgendwie im Zeichen der Gewalt, so das spätere Mitglied des Kirchenwiderstandes. Dabei dürfe die Kirche dem Staat, wenn er tue, wozu er berufen sei, nicht in den Arm fallen, *„auch dann nicht, wenn er hart und rücksichtslos handelt.“*⁸ Nach 1945 wurde Dibelius der erste evangelische Bischof von Berlin.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits viele politische Gegner der neuen Reichsregierung brutal gefoltert und erschlagen worden. Mit der Gründung des KZ Oranienburg am gleichen Tag, an dem vor den Sarkophagen der preußischen Könige alte und neue Eliten ihr Bündnis zur Beseitigung von Demokratie und Rechtsstaat symbolisch bekräftigten, erreichte der NS-Terror ein neues Stadium.

⁸ Dibelius 1933, S. 3.

Das erste staatliche Konzentrationslager Preußens (21. März 1933 bis 13. Juli 1934)

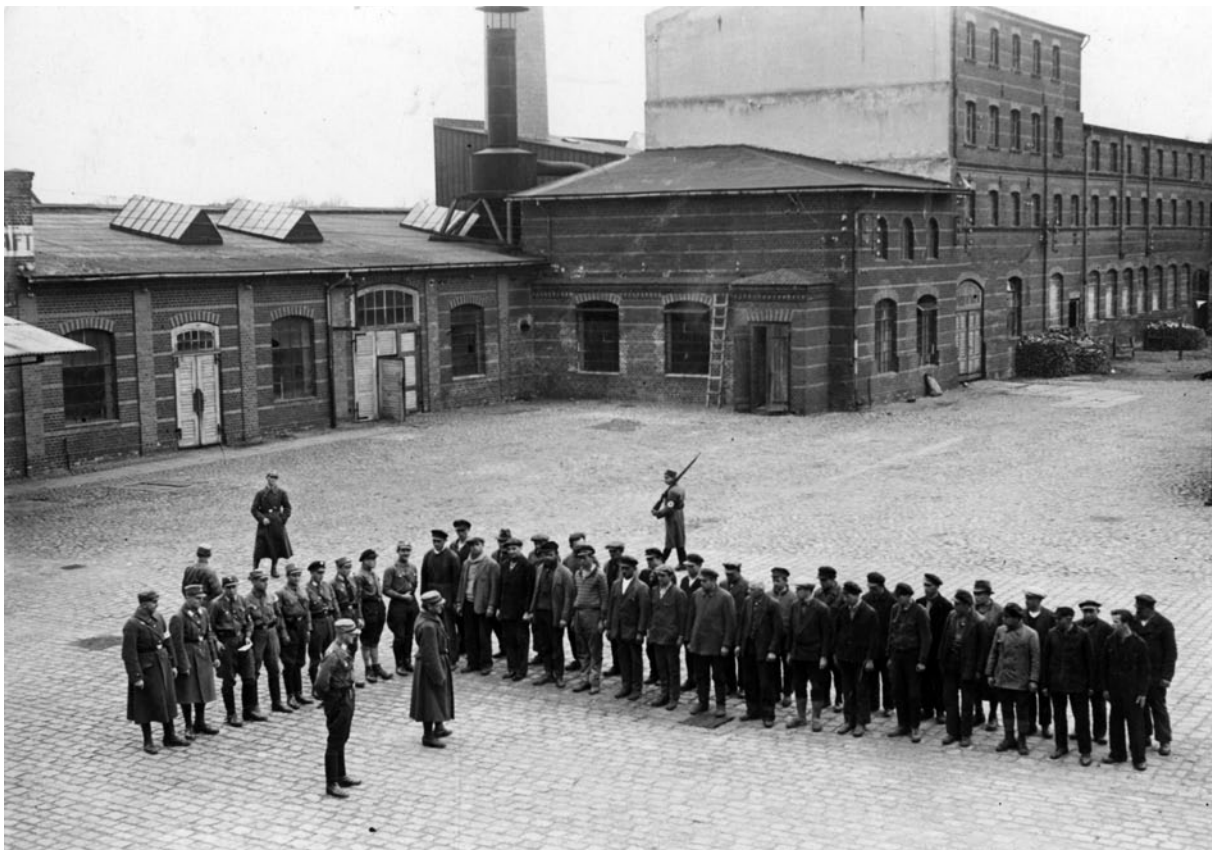
Vor dem Schloss Oranienburg kreuzen sich zwei barocke Straßenachsen. Vom Kreuzungspunkt aus, wo das alte Rathaus – zu NS-Zeiten das beste Hotel der Stadt – und das Schloss sich gegenüberstanden, führte eine viel befahrene Reichsstraße geradewegs bis in die Mitte Berlins. An dieser von Geschäfts- und Wohnhäusern gesäumten breiten Straße, sinnigerweise Berliner Straße benannt, und nur wenige Hundert Meter unterhalb des repräsentativen Stadtzentrums errichtete die Münchener Brauhaus AG 1913 aus Ziegelsteinen eine große, beeindruckende Brauerei mit einem hohen Schornstein, einem Verwaltungsgebäude, mehreren Schuppen, einem Kesselhaus und zahlreichen anderen Fabrikgebäuden. Doch die Brauerei war offensichtlich nicht sehr rentabel. Denn schon 1925 verkaufte die Eigentümerin das Grundstück mitsamt allen daraufstehenden Gebäuden an die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Berlin (Ago) sowie an die Firma Berliner Kindl Brauerei AG.

Beide neuen Eigentümer teilten das Grundstück und das gesamte darauf befindliche, ursprünglich zusammengehörende Fabrikensemble durch eine rund fünf Meter hohe Mauer voneinander ab. Doch während die Niederlassung der bekannten Berliner Brauerei bis 1945 dort bestand, musste die Elektrizitätsfirma schon bald die Produktion von Radiogeräten wegen fehlender Absatzmöglichkeiten wieder aufgeben. Seitdem standen deren weitläufige Fabrikgebäude leer und verfielen allmählich. Gegenüber der stark frequentierten Berliner Straße war das Gelände durch Mauern und Holzzäune abgegrenzt, durch die man jedoch an einzelnen Stellen hindurchsehen konnte. Nach Westen öffnete sich das Fabrikgelände über einen großen mit Pflastersteinen ausgelegten Innenhof. Dort standen dicht hinter der Grenze des Areals, das mit Stacheldraht und einem Zaun umgeben war, mehrere Einfamilienhäuser, von denen aus man ungehindert auf das Fabrikgelände schauen konnte.

Dass die alten Kühlkeller der Bierbrauerei nicht für die Unterbringung von Menschen geeignet waren, die primitiven Aborte und Waschräume

der alten Fabrik nicht mehr funktionierten und selbst Strom und Wasser abgestellt waren, dass auch die primitivsten Einrichtungsgegenstände fehlten – Tische, Stühle, Betten, Küchengeräte und vieles andere mehr –, das war den verantwortlichen SA-Männern im Hinblick auf die dort inhaftierten Menschen gleichgültig. Sie brüsteten sich sogar gegenüber der in- und ausländischen Öffentlichkeit damit, auch schon in den frühen Konzentrationslagern, die in der Phase der Machtergreifung ganz überwiegend unter ähnlichen Bedingungen in leer stehenden Fabriken, Burgen oder Gefängnissen eingerichtet wurden, ein typisches „nationalsozialistisches Aufbauwerk“ vollbracht zu haben.

Dabei verschwiegen sie durchaus nicht, wer in der Hauptsache den Aufbau der Lager unter primitivsten Arbeitsbedingungen bewerkstelligen musste, nämlich die Häftlinge selbst. Darauf waren die KZ-Erbauer und Wächter sogar stolz und verkärten die technischen und materiellen Verbesserungen der Infrastrukturen, die unter Misshandlungen, Schikanen und strengster militärähnlicher Disziplin erreicht wurden, als



NS-Propagandafoto: Appell im Innenhof des KZ Oranienburg, April 1933, BArch 183-R1185

Erfolge ihrer Politik der „Umerziehung durch Arbeit“. Nach und nach wurden einfache Strohschüttungen durch hölzerne Mehrstockbetten ersetzt, Strom- und Wasserleitungen wieder verlegt und angeschlossen, auf dem Hof eine Wasserpumpe in Gang gesetzt, die Gebäude von Schutt und Abfall gesäubert, der große Innenhof entkrautet und die Abortanlagen wieder in Ordnung gebracht – wenn auch nur provisorisch. Dies konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die primitive Unterbringung der Häftlinge als Ausdruck echter nationalsozialistischer Gesinnung und „männlicher Härte“ prinzipiell beibehalten wurde. Nach vielen Wochen, in denen die Häftlinge auf den feuchten und kalten Zementböden der Katakomben liegen mussten, waren sieben vormalige Kühlsäle für Flaschenbier mit dreistöckigen Holzbetten ausgestattet worden, auf deren Strohsäcken mehr als 800 Häftlinge übernachteten mussten. Aufgrund der Enge, die sich in den Schlafsälen schon bald durch ständige Neueinlieferungen einstellte, wurden sie von den Betroffenen „Kaninchenställe“ genannt.

Doch die völlige Autarkie des Lagers war eine Illusion und entsprach auch nicht den Vorstellungen und Wünschen der Stadt Oranienburg. Vielmehr versprachen sich die Stadtverwaltung und wohl nicht wenige Oranienburger Gewerbetreibende und Einwohner, dass das Konzentrationslager die unter der Weltwirtschaftskrise leidende städtische Konjunktur beleben und dadurch auch Arbeitsplätze schaffen würde. Nicht zuletzt deshalb kaufte die KZ-Verwaltung zahlreiche Gegen-

stände des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel, Baumaterialien und Werkzeuge, bei mehr als 40 kleinen und großen Oranienburger Unternehmen ein – bei Fleischereien, Milchhändlern und Bäckereien, bei Kolonialwarenhandlungen und Eisenwarenhändlern, bei Möbel- und Baumgeschäften und in der von Berliner Vegetariern geleiteten Obstbaukolonie Eden. Aber auch einige Berliner Betriebe und Geschäfte profitierten von dem wachsenden Bedarf des ersten staatlichen Konzentrationslagers in Preußen.

Hierfür brauchte die Lagerverwaltung Geld, das jedoch in den Kassen des örtlichen SA-Sturms kaum vorhanden war. So wandte sich die SA an die Stadtverwaltung und an die verantwortlichen Stellen des preußischen Staates. Die regelmäßige Alimentierung des Konzentrationslagers mit Geld aus der Staatskasse und damit aus den Steuern der Bürger setzte jedoch eine nachträgliche Anerkennung des KZ – das von der SA ohne vorherige Absprache mit übergeordneten staatlichen Einrichtungen gegründet worden war – als staatliches Regierungslager voraus. Das konnte die KZ-Verwaltung überraschend schnell erreichen. Schon Mitte Mai 1933 wurde das KZ Oranienburg nach vorheriger Besichtigung durch eine Kommission des preußischen Innenministeriums offiziell anerkannt. Danach war das KZ eine reguläre Einrichtung des preußischen Staates – und in der Folge übernahm der Potsdamer Regierungspräsident, in dessen Bezirk Oranienburg lag, einen Großteil der Kosten. Zur großen Freude des Kommandanten Schäfer galt diese Regelung sogar rückwirkend, also ab dem 21. März 1933.

Bis zum Abtransport der letzten Häftlinge im Juli 1934 zahlte der preußische Staat fast 290 000 Reichsmark für das Konzentrationslager in Oranienburg. Es dauerte bis Mitte 1933, um mit der Stadtverwaltung, an deren Spitze inzwischen der im März 1933 ernannte kommissarische Bürgermeister Dr. Walther Henn und der ihm im November 1933 nachfolgende Ortsgruppenleiter der NSDAP Oskar Fuchs standen, eine finanzielle Vereinbarung zu treffen. Unter der Zusicherung, dass künftig alles Geld zur Verwaltung des Lagers über die Stadtparkasse abgerechnet und möglichst alle Lieferungen und Aufträge an Oranienburger Geschäftsleute und Handwerker erfolgten, zahlte die Stadt einen Betrag von 7000 Reichsmark, um ausstehende Rechnungen zu begleichen.

Schließlich mussten die Häftlinge selbst einen kleinen Teil der Aufwendungen bezahlen. Ein



Pg. Oskar Fuchs, Bürgermeister von Oranienburg, Oranienburger General-Anzeiger 22.10.1933, Stadtarchiv Oranienburg

Oskar Fuchs (1881–1946)

Oskar Fuchs war gelernter Apotheker. Als Offizier nahm er am Ersten Weltkrieg teil. In der Weimarer Republik leitete er eine chemisch-pharmazeutische Fabrik in Oranienburg. Fuchs führte ab 1930 die Ortsgruppe der NSDAP, die er ab 1933 in der Stadtverordnetenversammlung vertrat. Im November 1933 wurde er zum Bürgermeister von Oranienburg ernannt; zuvor war er stellvertretender Bürgermeister. Diese Funktion hatte er bis zum Ende des „Dritten Reiches“ inne. Fuchs arbeitete eng mit SA und SS sowie den Kommandanturen der Konzentrationslager Oranienburg und Sachsenhausen zusammen. Im Sommer 1945 wurde er verhaftet und zunächst im sowjetischen Speziallager in Sachsenhausen interniert. Im November 1945 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärtribunal zum Tode und transportierte ihn in die Sowjetunion, wo die Todesstrafe 1946 vollstreckt wurde.

eigens dafür von dem inhaftierten Künstler Willi Lippert angefertigtes Lagergeld wurde ausgegeben, das die Häftlinge beim Wareneinkauf verwenden mussten. Davon zweigte die Lagerverwaltung 30 Prozent des Werts zur eigenen Verwendung ab. Auch die Gemeinden, aus denen die als arbeitslos gemeldeten Häftlinge stammten, mussten einen Teil der eingesparten Wohlfahrtsunterstützung an die Lagerverwaltung abgeben. Trotzdem blieb die Verwaltung nach der Schließung des KZ auf unbezahlten Rechnungen und Verpflichtungen im Wert von über 40 000 Reichsmark sitzen. Auch diese Schulden wurden schließlich ohne Aufsehen erneut aus dem Haushalt der Geheimen Staatspolizei, also vom preußischen Steuerzahler beglichen.

Die Organisationsstruktur des staatlich anerkannten Lagers

Die Anerkennung des KZ Oranienburg als staatliches Lager bedeutete aber auch, dass ab diesem Zeitpunkt der Kommandant formell den zuständigen preußischen Behörden unterstellt war, das heißt also dem preußischen Ministerpräsidenten und Innenminister Hermann Göring, dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg Wilhelm Kube, dem Potsdamer Regierungspräsidenten Ernst Fromm, dem Polizeipräsidenten Wolf-Heinrich Graf von Helldorff sowie dem Landrat des Kreises Niederbarnim Max Weiß. All diesen hierarchisch gestaffelten staatlichen Einrichtungen oblag damit die oberste Polizeigewalt. Der Wirkungsraum von Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich blieb zu dieser Zeit noch auf Bayern begrenzt. In Preußen war die Geheime Staatspolizei seit April 1933 Göring unterstellt. Dort exekutierten die verschiedenen formell zuständigen Landespolizeibehörden, deren Leiter und Angehörige häufig seit vielen Jahren der preußischen Polizei oder der Verwaltung angehörten, – unter ihnen nicht wenige bekannte Repräsentanten des preußischen Adels – häufig auf Anweisung von Landräten oder Bürgermeistern den Terror gegen die politischen Gegner der Regierung von Hitler und Papen.

Aus diesem Grund traf schon einen Tag nach der Einlieferung der ersten Häftlinge in der alten Brauerei der Chef der Landjäger des Kreises – ein Polizeioberleutnant – ein, um die Verhafteten strengen Verhören zu unterziehen. Die enge Zusammenarbeit mit der Polizei, die in der Regel die Verhaftungen vornahm, dauerte auch in den folgenden Monaten an. Ihr Aufgabenbereich wur-



NS-Foto: Wolf-Heinrich Graf von Helldorff in SA-Uniform mit Gauleiter Joseph Goebbels, nach der Ernennung zum Polizeipräsidenten in Potsdam, 1933, BArch

Wolf-Heinrich Graf von Helldorff (1896–1944)

Als Sohn eines Rittmeisters trat Wolf-Heinrich Graf von Helldorff gleich nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges als Offizier in das kaiserliche Heer ein. Nach Kriegsende gehörte er mehreren Freikorps an und beteiligte sich am sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie. Ab 1925 vertrat Helldorff die NSDAP im preußischen Landtag und wurde 1932 zu deren Fraktionsvorsitzenden gewählt. Als SA-Führer von Berlin und Brandenburg beteiligte er sich schon vor der Machtübernahme an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern sowie an frühen antisemitischen Krawallen in Berlin. Helldorff verlor sein ererbtes Rittergut durch Bankrott, den er teilweise durch seinen verschwenderischen Lebenswandel selbst verschuldet hatte. Im März 1933 wurde er von Göring zum Polizeipräsidenten in Potsdam ernannt. Helldorff war damit durch seine beiden Funktionen – als SA-Führer und als Polizeipräsident – direkter Vorgesetzter von KZ-Kommandant Schäfer. 1935 wurde er auch Polizeipräsident in Berlin. Nach 1938 nahm der Weltkriegsoffizier losen Kontakt zu Widerstandskreisen in der Wehrmacht auf. Weniger aus Überzeugung als aus Opportunismus geriet er auch in die Kreise der Verschwörer des 20. Juli 1944. Dafür wurde er vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

de zu einer eigenen Vernehmungsabteilung in der Organisationsstruktur des Konzentrationslagers ausgebaut. Mit dem Kürzel „IA“ wurde hierfür die Abteilungsbezeichnung, die die politische Polizei in der Weimarer Republik innehatte, beibehalten. Auch wenn die Vernehmungsabteilung von zwei berücktigten SA-Männern geführt wurde, so verlief die Zusammenarbeit mit den Polizeidienststellen, die die Häftlingsakten und -karteien anlegten, eng und anscheinend auch weitgehend reibungslos. Diese personelle Verzahnung zwischen Polizei und Lagerverwaltung überdauerte sogar die Neustrukturierung des KZ-Systems nach 1935/36.

Überhaupt war die Organisationsstruktur des Oranienburger SA-Lagers bereits so weit entwickelt, dass sie im Wesentlichen nicht nur bis zur Schließung der frühen Konzentrationslager 1934/35, sondern trotz mehrfachen Umbaus und gewaltiger qualitativer und quantitativer Erweiterungen des Systems der Konzentrationslager bis zum Ende des „Dritten Reiches“ fortbestand. Nach Angabe des Kommandanten Schäfer war das KZ Oranienburg in folgende sieben Abteilungen gegliedert:

- I. Lagerkommandant
 - a) Vernehmungsabteilung
 - b) Lichtbild, Fingerabdrücke
- II. Adjutantur
 - a) Arbeitsbeschaffung
- III. Verwaltung
 - a) Kasse
 - b) Kartei, Expedition, Archiv
- IV. Gefangenenabteilung
 - a) Materialausgabe
 - b) Bekleidungskammer
- V. Küchenverwaltung
- VI. Wachabteilung
- VII. Sanitätsabteilung⁹

Die meisten SA-Männer, die im Konzentrationslager täglich ihren Dienst taten, gehörten zur Wachabteilung des Lagers. Zwischen 50 und 170 mit Karabinern oder Maschinenpistolen bewaffnete und uniformierte Wachen patrouillierten um das Lager herum, kontrollierten den Eingang oder führten die Häftlinge zu ihren Arbeitsplätzen, wenn diese außerhalb der Brauerei lagen. Ihnen stand sogar ein leichtes Maschinengewehr

zur Verfügung, das auf dem Dach eines Fabrikgebäudes platziert war und eine deutlich sichtbare tödliche Bedrohung für alle Häftlinge darstellte, sollten sie darüber nachdenken, zu fliehen oder einen Aufstand zu wagen.

Deutlich kleiner war die Zahl der SA-Männer, die in der Lagerverwaltung arbeiteten. Bis zu 25 SA-Angehörige verteilten sich auf die restlichen sechs Abteilungen, wobei die meisten in der Gefangenenabteilung beschäftigt waren. Sie standen – wie in den späteren, viel größeren Schutzhaftlagerabteilungen der großen Konzentrationslager – im täglichen Kontakt mit den Häftlingen, registrierten Abgänge und Neuaufnahmen, kontrollierten die Unterkunftsräume, nahmen die Appelle ab und sorgten allgemein, wie es im NS-Jargon hieß, für „strenge Zucht und Ordnung“. Von den Angehörigen der Gefangenenabteilung ging im Haftalltag deshalb auch die meiste direkte Gewalt gegenüber den Häftlingen aus.

Noch mehr gefürchtet aber war die Vernehmungsabteilung. In „Zimmer 16“ vernahmen SA-Sturmchef Hans Krüger und seine Nachfolger – die SA-Sturmführer Hans Stahlkopf und Horst Wassermann – die Häftlinge bald nach ihrer Ankunft. Sie scheuten keine Form von grausamen, teilweise über viele Stunden und Tage andauernden Misshandlungen, um ihre Opfer physisch und psychisch zu brechen. Es war wohl diese „Folterkammer“, in der die meisten der mindestens 18 Opfer des KZ Oranienburg unter unsäglichem Qualen den Tod fanden. Für Bestrafung und Folter gab es auch zwei Dunkelarrestzellen, von den Häftlingen „Steinsärge“ genannt. Es handelte sich dabei um zwei ehemalige Trockenkammern der Gießerei, in denen die Häftlinge sich nicht hinlegen, sondern nur gebückt stehen konnten. Wurden dem Lagerarzt Dr. Carl Lazar die schwer verletzten Häftlinge vorgeführt, so beschimpfte er sie entweder als Simulanten oder verordnete Aspirin und Jod. Nur in schwersten Fällen überwies er die Folteropfer an das Kreiskrankenhaus Oranienburg oder das Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin, wo manche von ihnen dann verstarben.

Lagerkommandant SA-Sturmchef Werner Schäfer, der sich die Vernehmungsabteilung direkt unterstellt hatte, beteiligte sich offenbar in der Regel nicht persönlich an den Misshandlungen. Er war zu dieser Zeit knapp 30 Jahre alt und kann als typischer Vertreter des SA-Führerkorps gelten. Er sah seine Aufgabe wohl vor allem darin, mit den vorgesetzten Stellen zu verhandeln und

⁹ Schäfer 1934, S. 93.

Hans Krüger (1909–1988)

Hans Krüger wurde als Sohn eines Lehrers in der damaligen deutschen Provinz Posen geboren. Nach der Angliederung an Polen zog die Familie nach Luckenwalde in Brandenburg. Dort ließ er sich zum Landwirtschaftsinspektor ausbilden und arbeitete auf zwei Rittergütern. Von 1930 bis 1933 war er arbeitslos. Als 16-Jähriger schloss sich Krüger rechtsextremen Verbänden an und trat 1929 der SA sowie 1930 der NSDAP bei. Im Range eines SA-Sturmbannführers leitete er von Mai bis November 1933 die Vernehmungsabteilung im KZ Oranienburg, wo er durch sein besonders brutales Verhalten auffiel. 1938 trat er als Hauptsturmführer der SS bei und wurde zum Kriminalkommissar in der Sicherheitspolizei ernannt. Als Mitglied eines Einsatzkommandos war Krüger in leitender Stellung an den Massenhinrichtungen an Mitgliedern der polnischen Intelligenz beteiligt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion führte Krüger bei mehreren großen Massenerschießungen von Juden das Kommando. Weil er sich am Eigentum seiner Opfer persönlich bereichert hatte, wurde er degradiert, zeitweilig inhaftiert und dann nach Frankreich versetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Krüger bis 1962 in mehreren Privatunternehmen in leitenden Stellungen. Vom Landgericht Münster wurde er 1968 wegen seiner zahllosen Massenhinrichtungen in Polen zu lebenslanger Haft verurteilt; seine Tätigkeit im KZ Oranienburg spielte dabei keine Rolle. 1986 kam er vorzeitig frei.

ansonsten das Lager nach außen zu vertreten. Gegenüber Journalisten und prominenten Besuchern des Lagers versuchte er seriös und selbstbewusst zu erscheinen. Einer größeren Öffentlichkeit wurde er vor allem durch sein Buch „Konzentrationslager Oranienburg. Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager“ bekannt. In dieser über 240 Seiten dicken Propagandaschrift bemühte er sich, die im In- und Ausland kursierenden Gerüchte über die schrecklichen Verhältnisse in deutschen Konzentrationslagern im Allgemeinen und in „seinem“ KZ im Besonderen auch mithilfe von Fotos und Dokumenten zu widerlegen. Ursprünglich war das Anti-Braunbuch als Streitschrift gegenüber dem „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“, das im August 1933 im Verlag von Willi Münzenberg von deutschen Kommunisten herausgegeben worden war, geplant. Jedoch stand das Anfang 1934 publizierte Werk des Lagerkommandanten in erster Linie im Schatten des ersten authentischen Berichtes eines aus dem Konzentrationslager Oranienburg Geflüchteten, des ehemaligen sozialdemokratischen

Reichstagsabgeordneten Gerhart Seger. Schäfer wurde im April 1934 als Kommandant von Oranienburg abgelöst und durch SA-Sturmbannführer Fritz Hörnig ersetzt.

Anders als ihr Kommandant stammten die allermeisten KZ-Wächter aus der Stadt Oranienburg und deren Umgebung. Viele Täter und Opfer kannten sich bereits vor der Machtergreifung. In einem Fall bewachte ein bei der SA dienender Vater sogar den eigenen Sohn, der Kommunist war. Dass hier der Nachbar den Nachbarn bewachte und folterte, darin liegt eine der Besonderheiten der frühen Konzentrationslager. Nicht zuletzt deshalb können sie auch als Lager der Rache gelten. In vielen Fällen wurden hier alte Rechnungen zwischen Bewachern und Bewachten beglichen. Dies zeigt sich auch am Fall des Vorsitzenden der KPD-Ortsgruppe Willi Schulz. Denn ein großer Teil der KZ-Wächter gehörte zu jenen SA-Männern, die 1931 wegen eines bewaffneten Angriffs auf Schulz verurteilt worden waren. Schulz war folglich auch unter den ersten Verhafteten, die in das neu gegründete Konzentrationslager verschleppt wurden. Von den meisten KZ-Wächtern, die im Durchschnitt zwischen 25 und 30 Jahre alt waren, verliert sich nach der Auflösung des SA-Lagers und der Übernahme durch die SS die biografische Spur. Einigen aber gelang es doch, Oranienburg als Sprungbrett in leitende Stellungen bei der SS zu nutzen und in anderen Konzentrationslagern ihre Karriere fortzusetzen.

Öffentliche Wahrnehmung und Außendarstellung des KZ Oranienburg

Über Oranienburg sind in den 1930er-Jahren nicht nur die beiden genannten Bücher von Werner Schäfer und Gerhart Seger erschienen. Auch andere von den Nazis entlassene und ins Ausland entkommene vormalige Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg publizierten ihre Erlebnisse schon in den beiden ersten Jahren des „Dritten Reichs“, darunter der Herausgeber des Zentralorgans der KPD „Die Rote Fahne“, Werner Hirsch, und der Rabbiner der brandenburgischen Industriestadt Rathenow, Max Abraham.¹⁰ Natürlich waren diese Publikationen – mit Ausnahme der Propagandaschrift von Schäfer – nicht im normalen Buchhandel oder gar in Bibliotheken in Deutschland erhältlich. Die Erinnerungen des prominenten Sozialdemokraten Gerhart Seger,

¹⁰ Hirsch 1934; Abraham 1934.

Max Abraham (1904–1977)

Max Abraham wurde in einem streng religiösen jüdischen Elternhaus in Posen geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums und der Talmud-Torashule war er in verschiedenen jüdischen Gemeinden als Lehrer, Prediger und Kantor tätig. Er gehörte in der Weimarer Republik der SPD und dem Reichsbanner an. Im Juni 1933 wurde er in der brandenburgischen Stadt Rathenow von der SA wegen seiner politischen Einstellung und seiner Tätigkeit als Prediger für die örtliche jüdische Gemeinde überfallen. Da er sich zur Wehr setzte, verhafteten ihn die Nationalsozialisten und verschleppten ihn ins Konzentrationslager Oranienburg. Später wurde er ins KZ Papenburg überstellt, danach nach Lichtenburg. 1934 gelang ihm zusammen mit seiner Familie die Flucht in die Tschechoslowakei. Dort verfasste er seinen Erinnerungsbericht „Juda verreckt“. 1939 musste er erneut fliehen. Er emigrierte nach England, wo er 1977 verstarb.

der im Dezember 1933 aus dem Konzentrationslager geflohen war, gehörten wohl zu den ersten Werken, in denen eines der Opfer, das den KZ-Terror am eigenen Leib erfahren hatte, seine Erlebnisse und Erfahrungen publizierte. Schon Anfang Februar 1934 erschien ein Vorabdruck des Buches von Seger in der Exilzeitschrift „Die neue Weltbühne“. Ein Jahr nach seiner Flucht waren bereits über 220 000 Exemplare verkauft worden. Das Buch wurde in sechs Sprachen übersetzt. Nicht zuletzt ist es der unermüdlichen Reisetätigkeit von Gerhart Seger und den Präsentationen seines Buches in vielen Ländern zu verdanken, dass das Konzentrationslager Oranienburg in Europa und in Amerika zum Synonym deutscher Konzentrationslager wurde.

Allerdings waren auch die Nationalsozialisten selbst von Anfang an bestrebt, ihr KZ der Weltöffentlichkeit vorzustellen. Gleich ab den ersten Tagen nach der Eröffnung des KZ war dessen Außendarstellung äußerst effektiv, wenn man ihren Erfolg an der Anzahl der Berichte im In- und Ausland bemisst. Kommandant Schäfer gefiel sich darin, Journalisten durch das Lager zu führen und ihre Fragen zu beantworten. In seinem „Anti-Braunbuch“ listet der Lagerkommandant 13 Besichtigungstermine von Vertretern größerer Zeitungen zwischen Ende März und Mitte Juli 1933 auf, darunter Journalisten der „New York Times“, mehrere Vertreter skandinavischer Medien, der Presseagenturen Associated Press und Keystone sowie verschiedener deutscher

Zeitungen. Viele prominente Nationalsozialisten – etwa der Oberpräsident der Provinz Brandenburg Wilhelm Kube, der im März 1933 ernannte Staatskommissar für Berlin Julius Lippert, der Reichskommissar für das preußische Justizministerium Hanns Kerrl oder der von Schäfer als sein eigentlicher Vorgesetzter bezeichnete Polizeipräsident in Potsdam Wolf-Heinrich Graf von Helldorff – ließen sich von ihm, häufig in Begleitung von Journalisten, auf Besichtigungstouren durch das Lager führen. Die Lokalzeitungen berichteten in reger Folge und über mehrere Monate anhaltend über das KZ in ihrer Region. Selbst die örtliche Bevölkerung wurde in die Öffentlichkeitsarbeit der Lagerverwaltung einbezogen, etwa im Rahmen „brauner Messen“, auf denen interessierte Oranienburger Bastelarbeiten der Häftlinge käuflich erwerben konnten. Der spektakulärste Propagandacoup aber gelang den Nationalsozialisten mit einer im Berliner Rundfunk übertragenen Live-Reportage aus dem KZ, in der der Reporter sogar Häftlinge ans Mikrofon beorderte, die dann über den Äther berichten mussten, wie gut das Essen und die Behandlung im Lager seien.

Im April 1933 schließlich drehte ein Team der Emelka-Filmgesellschaft im Konzentrationslager. In dem Film wurden Häftlinge gezeigt, die unter der Beobachtung der SA-Wachen Sport trieben, in Werkstätten Körbe flochten oder sich in ihrer „Freizeit“ locker miteinander unterhielten. Der knapp 20 Minuten dauernde Stummfilm, der mit einer schnarrenden Stimme aus dem Off entsprechend kommentiert wurde, lief im Vorprogramm von bekannten Unterhaltungsfilmen in zahlreichen Berliner und Brandenburger Kinos. Auf den Filmplakaten wurde er mit der Schlagzeile „Die neuesten Aufnahmen aus dem Konzentrationslager Oranienburg“¹¹ beworben. Infolge der zahlreichen Medienberichte kursierten viele Propagandafotos in der Öffentlichkeit, die zusammen mit den Berichten der Journalisten die angebliche Gräuelpopaganda von emigrierten ehemaligen Häftlingen und der Auslandspresse widerlegen sollten. Es ist nicht bekannt, inwieweit die NS-Propaganda mit diesen Falschmeldungen erfolgreich war. Die internen Stimmungsberichte des Regimes schwiegen sich dazu aus. Sicherlich trugen die PR-Maßnahmen des Regimes zumindest dazu bei, dass die Konzentrationslager von

11 Morsch (Hrsg.) 1994, S. 189.



Gerhart Seger (stehend) mit Erika Mann und Walter Sollmann auf einer Versammlung in New York, 1937, Archiv der sozialen Demokratie Bonn/Friedrich-Ebert-Stiftung

Gerhart Seger (1896–1967)

Gerhart Seger wurde als Sohn einer sozialdemokratischen Familie in Leipzig geboren. Er erlernte das Steindrucker-Handwerk und nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil. Während dieser Zeit trat er in die USPD ein, kehrte aber nach der Spaltung wieder zur SPD zurück. Ab 1920 arbeitete er als Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen und gehörte ab 1930 als SPD-Abgeordneter dem deutschen Reichstag an. Dort forderte Seger die Ausweisung Hitlers aus Deutschland. Außerdem leitete er die örtliche Organisation der „Eisernen Front“, eines politischen Zusammenschlusses gegen die Nationalsozialisten. Schon im März 1933 wurde Seger verhaftet und im Juni ins KZ Oranienburg verschleppt. Dort gelang ihm als einem der ganz wenigen Häftlinge die Flucht aus einem KZ-Außenkommando im Dezember 1933. Seger floh nach Prag und begann mit der Aufzeichnung seiner Erlebnisse. Die Nationalsozialisten versuchten, seine Rückkehr durch die Verhaftung seiner Frau und seiner Tochter zu erzwingen. Das scheiterte jedoch an internationalen Protesten, die zur Freilassung seiner Familie führten. Die Familie reiste anschließend nach Großbritannien aus. Segers „erster authentischer Bericht aus einem Konzentrationslager“ fand weite Verbreitung und wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt. 1935 emigrierte er mit seiner Familie in die USA, wo er weiterhin politisch aktiv war und in vielen Vorträgen über die Lage in Deutschland berichtete. Nach Kriegsende trat Seger unter anderem als Zeuge in den Nürnberger Prozessen auf. Er kehrte jedoch in die USA zurück, wo er weiterhin publizistisch tätig war.

vielen Deutschen als etwas „Normales“ empfunden wurden, über die man aber besser schwieg. Trotz der Bemühungen, die Konzentrationslager „geschönt“ zu präsentieren, scheint zumindest

Propagandaminister Goebbels nicht vom Erfolg der „Öffentlichkeitsarbeit“ des Oranienburger Lagers überzeugt gewesen zu sein. Bald schon wurden die Konzentrationslager in den NS-Medien kaum noch erwähnt. Nur die SS warb in ihren Zeitschriften noch bis in den Krieg hinein unverdrossen mit Fotoaufnahmen und Artikeln für ihre Lager. Das KZ Oranienburg gilt daher zumindest in einigen Aspekten als eine Art Propaganda- und Vorzeigelager für das NS-Regime.

Der Alltag im KZ Oranienburg

Der Haftalltag, der von 5:30 Uhr bis 21:00 Uhr dauerte, war schon in den frühen Konzentrationslagern vor allem durch einen immer gleichen Tagesablauf zwischen dem Morgen-, Mittag- und Abendappell geprägt. Dabei standen zum einen die Zwangsarbeit und zum anderen militärische Übungen – von den Wächtern zynisch Sport genannt – im Vordergrund. Mit ständigem Drill, wüsten Drohungen und unberechenbaren Gewaltausbrüchen zwangen die SA-Männer die Häftlinge in ein System totaler psychischer und physischer Unterwerfung und Willkür. Schon bald nach der Einrichtung des Lagers etablierten die KZ-Wächter verschiedene Rituale, denen sie die Häftlinge regelmäßig unterzogen. Erste Prügel, stundenlanges Strammstehen, das Scheren der Kopfhare und die Einkleidung in alte, meist nicht passende Polizeiuniformen, verbunden mit Beschimpfungen und Demütigungen, charakterisierten das stets gleiche Einlieferungsritual.

Das Wachpersonal machte sich einen Spaß daraus, vor allem prominente oder jüdische Häftlinge vor den Augen ihrer Mitgefangenen auf unterschiedliche Weise zu demütigen. Dabei versuchten die SA-Männer auch, die bekannten Konflikte, die zwischen den verschiedenen politischen Häftlingsgruppen, insbesondere zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, bestanden, für ihre Zwecke auszunutzen und sie gegeneinander in Stellung zu bringen. Diese Spaltungspolitik war keinesfalls immer erfolglos. Zu stark wirkte die gegenseitige Abneigung nach, die sich in den Jahren der politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik aufgebaut hatte, und beeinträchtigte die Solidarität unter den Leidenskameraden. Viele Erinnerungsberichte schildern aber auch, dass in dieser Bedrängnis und Not die alten politischen Differenzen überwunden wurden, wenn etwa ein Mithäftling, der durch Misshandlungen der SA-Männer schwer verletzt

worden war, von Kameraden gepflegt wurde, die zuvor miteinander in politischem Streit gelegen hatten.

Nach der Einlieferung ins Lager folgte die Aufnahme durch die Lagerverwaltung. Dies war im Wesentlichen ein einfacher bürokratischer Akt, der jedoch insbesondere von den SA-Männern und Polizisten der Vernehmungsabteilung im Zimmer 16 über viele Stunden, teilweise über Tage ausgedehnt wurde, damit sie ihre von Misshandlungen und Folter begleiteten Befragungen durchführen konnten. Erst danach erfolgte die Einteilung der neu eingelieferten KZ-Häftlinge in die verschiedenen Kompanien. Jüdische Häftlinge wurden in einer speziellen „Judenkompanie“ zusammengefasst, wo sie auf engem Raum und getrennt von den anderen Häftlingen schlafen mussten. Ihnen wurden auch besonders demütigende Arbeiten zugeteilt. Mit bloßen Händen mussten sie beispielsweise die Latrinen und Waschräume des Lagers reinigen. Die Verpflegung bestand aus Ersatzkaffee mit zwei Scheiben Brot mit Marmelade oder Pflaumenmus, einem dünnen Eintopf, in dem alle möglichen Lebensmittel, vor allem Kartoffeln, jedoch kaum Fleisch, zusammengekocht waren. Die Überreste verarbeitete die Lagerküche schließlich zu einer dünnen Suppe, die abends verteilt wurde. Der Nährwert dieser Mahlzeiten blieb unterhalb der Vorschriften für Gefängniskost und hinterließ bei den meisten Häftlingen ein ständiges Hungergefühl. Anders aber als in den großen Konzentrationslagern der Kriegszeit verhungerte in Oranienburg jedoch noch niemand, zumal die Häftlinge von ihren Angehörigen Lebensmittelpakete empfangen durften. Erhielten sie darüber hinaus von ihrer Familie auch noch Geldzuwendungen – was sich allerdings die wenigsten Familien leisten konnten –, dann konnten die Häftlinge nach dem obligatorischen Umtausch der Reichsmark in Lagergeld in der Kantine zusätzliche Lebensmittel kaufen.

Den weitaus größten Teil des Haftalltags – von 7:00 Uhr morgens bis ca. 17:00 Uhr nachmittags – nahm die Zwangsarbeit ein. Waren die Häftlinge in den ersten Wochen und Monaten fast ausschließlich mit dem Aufbau des Lagers beschäftigt, so wurden sie ab dem Frühsommer 1933 immer stärker zu größtenteils öffentlichen Außenarbeiten eingesetzt, von denen die meisten durch die Oranienburger Stadtverwaltung zugewiesen wurden. Zu diesem Zweck bildete die

Lagerverwaltung mehrere Außenkommandos, die die bewaffneten SA-Wächter in geschlossenen Gruppen durch die Stadt zu den Arbeitsplätzen führten. Zusammen mit der Verwaltung des Landkreises Niederbarnim erarbeitete die Stadtverwaltung ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Darin wurden zahlreiche Projekte aufgelistet, im Zuge derer das Stadtbild verschönert, kommunale Pflichtaufgaben erledigt und die eine oder andere besondere Annehmlichkeit für die Einwohner Oranienburgs und einiger Nachbargemeinden geschaffen werden sollten. Stadtverwaltung und Lagerverwaltung arbeiteten eng zusammen, um die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge möglichst effektiv ausnutzen zu können. Die Häftlinge bauten Straßen, legten Fahrradwege an, reparierten öffentliche Gebäude, rodeten Bäume, pflanzten neue Wälder, legten versumpfte Wiesen trocken, zogen und reinigten Abwasserkanäle und entkrauteten den Lehnitzsee. Selbst die Kinder Oranienburgs profitierten von der Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge: Am nordöstlichen Ufer des Lehnitzsees mussten die Häftlinge einen riesigen Sandberg aufschütten. Er diente der Bevölkerung in der flachen märkischen Landschaft im Winter als Schlittenberg.

Nicht nur die Stadt, sondern auch zahlreiche andere staatliche und kommunale Einrichtungen – wie mehrere Gemeinden in der Umgebung, Ministerien aus Anhalt und Mecklenburg, das Kulturamt Potsdam und sogar die Geheime Staatspolizei in Berlin – setzten die KZ-Häftlinge gegen eine entsprechende Aufwandsentschädigung von 0,70 Reichsmark pro Arbeitstag und Häftling für diverse Arbeiten ein. Auch private Firmen nutzten die billigen Arbeitskräfte, die ihnen die Stadtverwaltung und die Arbeitsbeschaffungsabteilung des Konzentrationslagers anboten. Da verschiedene Arbeitsstellen von den Häftlingen teilweise nur in stundenlangen Anmärschen erreicht werden konnten, richtete der Kommandant einige temporär bestehende Außenlager ein, in denen die Zwangsarbeiter auch über Nacht untergebracht wurden. So befand sich in dem etwa 30 Kilometer von Oranienburg entfernten kleinen Ort Börnicke ein Arbeitskommando von KZ-Häftlingen, die eine SA-Gruppenführerschule errichten sollten. Auf dem Gut Elisenau bei Bernau schließlich waren etwa 100 KZ-Häftlinge auf dem Vorwerk eines Rittergutes untergebracht. Dort mussten die Häftlinge Gräben ziehen und in einer Ziegelei schwere Arbeiten verrichten.

Mit der Verpflichtung der Häftlinge zur Zwangsarbeit verfolgten die frühen Konzentrationslager verschiedene Ziele: Harte Arbeit, möglichst im Freien und mit unzureichenden Arbeitsmitteln, war zuallererst ein geeignetes Mittel, um die Häftlinge zu schikanieren und zu quälen. Der Einsatz der Zwangsarbeit für öffentliche, zu meist kommunale Arbeiten zielte ferner darauf ab, den Arbeitserziehungsgedanken der Konzentrationslager zu propagieren und Teile der Bevölkerung dafür einzunehmen. Schließlich benötigten die KZ-Wächter die Zwangsarbeit der Häftlinge dringend auch zum Aufbau und zur Finanzierung des Lagers, nicht zuletzt zu ihrem eigenen, ganz persönlichen Vorteil und Nutzen.

Auch die wenigen Stunden bis zur Nachtruhe konnten die KZ-Häftlinge nicht für sich nutzen, ohne ständig befürchten zu müssen, von den SA-Wächtern bedrängt zu werden. Schon der Abendappell konnte mehrere Stunden dauern, in denen die Häftlinge strammstehen mussten, bis die Lagerverwaltung das täglich mehrmals wiederholte Abzählritual als abgeschlossen ansah. Häufig wurden die von der Arbeit ausgelaugten, erschöpften Häftlinge danach zum Exerzieren gezwungen. Dafür hatte der Kommandant eigens einen Parcours anlegen lassen. Unter den Augen der Wachen, die sich dabei amüsierten – und wahrscheinlich auch der Anwohner in den benachbarten Wohnhäusern – mussten die Häftlinge eine Eskalierwand hochklettern, sich kriechend unter einem Stacheldrahtzaun hindurchwinden, einen Sandberg besteigen und über einen breiten und tiefen Wassergraben springen. Wer den Parcours nicht schnell genug durchlaufen konnte, wurde mit Kolbenstößen und Fußtritten angetrieben oder musste nach dem Ende des „Sports“ noch Kniebeugen oder Liegestütze absolvieren.

Haftgründe, Herkunft und Zahl der Häftlinge im KZ Oranienburg

Die frühen Konzentrationslager waren relativ klein. Sie bestanden nur in der Phase der Machtergreifung. Abgesehen von den Lagern in Dachau und in Oranienburg waren sie bereits spätestens ab 1936/37 wieder weitgehend aufgelöst und wurden von den großen Hauptlagern Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau, etwas später auch von Flossenbürg, Mauthausen, und Ravensbrück abgelöst. Wohl über 100 solcher frühen Konzentrationslager waren über das ganze Deutsche Reich verstreut. Die Gesamtzahl ihrer Häftlinge

lässt sich nur schwer schätzen. Zum einen ist die Quellenlage für viele Lager unzureichend, zum anderen wurden die meisten KZ-Häftlinge nach einer durchschnittlichen Haftzeit von mehreren Wochen bis zu einem halben Jahr wieder entlassen, sofern sie die Lagerhaft überlebt hatten. Es gab allerdings auch KZ-Häftlinge, die über viele Jahre von Lager zu Lager verschleppt wurden und ihre Entlassung in die Freiheit nicht mehr erlebten. Da für das SA-Lager in Oranienburg die Häftlingsakten, die von den Verwaltern der Gefangenenabteilung angelegt wurden, weitgehend erhalten geblieben sind, ist es möglich, sowohl über die Gesamtzahl der Häftlinge als auch über ihre Zusammensetzung relativ zuverlässige Aussagen zu treffen.

Auch wenn Lagerkommandant Schäfer in seiner Propagandaschrift die Gesamtzahl der Häftlinge im KZ Oranienburg mit etwa 5000 angibt, lassen sich nur etwa 3000 nachweisen. Aufgrund der großen Fluktuationen waren wohl gleichzeitig nie mehr als knapp 1000 Häftlinge in den Räumen der alten Brauerei untergebracht. Der Anstieg der Häftlingszahlen von knapp 160 im Juni 1933 auf über 900 im August des gleichen Jahres war nicht nur die Folge verstärkter Razzien von Polizei und Gestapo – insbesondere nach dem Verbot der SPD –, sondern auch einer veränderten Inhaftierungspolitik übergeordneter Stellen. Die verantwortlichen Dienststellen in den Ländern, Provinzen und Regierungsbezirken sowie in der Reichshauptstadt lösten aus Kosten- und Effektivitätsgründen in dieser Zeit kleinere Konzentrationslager zunehmend auf und konzentrierten die Häftlinge immer stärker in einzelnen größeren Lagern. So veranlasste der Regierungspräsident in Potsdam die Schließung der Konzentrationslager Meissnershof bei Nauen, Alt-Daber bei Wittstock, Börnicke bei Nauen, des KZ in Perleberg und Ende Januar 1934 in Brandenburg/Havel. Die Häftlinge wurden, soweit nicht entlassen, alle nach Oranienburg gebracht. Auf dem Gebiet der Provinz Brandenburg gab es daher im Jahre 1934 von ursprünglich neun Konzentrationslagern nur noch die beiden Lager Sonnenburg bei Küstrin/Oder und Oranienburg, die von der preußischen Polizei und der SA betrieben wurden.

Das Konzentrationslager Oranienburg, vor den Toren der Reichshauptstadt gelegen, war zwar von einem auf den Landkreis Niederbarnim begrenzten SA-Sturm eingerichtet worden, doch sein Einzugsbereich reichte weit darüber hinaus.

Fast ein Drittel der Häftlinge kamen aus Berlin. Oranienburg erfüllte deshalb zweifellos auch eine wichtige Funktion als Konzentrationslager für die Hauptstadt. Im Lager waren aber nicht nur Häftlinge aus Brandenburg, sondern auch aus anderen preußischen Provinzen. Sie kamen aus Regionen zwischen der Rheinprovinz im Westen und Ostpreußen im Osten, zwischen Schleswig-Holstein im Norden und Sachsen im Süden. Häftlinge aus anderen Ländern des Deutschen Reiches lassen sich im KZ Oranienburg nicht nachweisen. Anders als ab der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre, als es Heinrich Himmler, dem Chef der SS, gelang, alle großen Konzentrationslager seinem Machtbereich zu unterstellen, lag die administrative Verantwortung für die frühen Konzentrationslager überwiegend bei den jeweiligen Ländern.

Wer waren die Opfer und aus welchen Gründen verschleppten die Nationalsozialisten sie in das KZ Oranienburg? In den frühen Konzentrationslagern sollten vor allem die politischen Gegner der Nationalsozialisten und der neuen Regierung für ihr oppositionelles und widerständiges Verhalten bestraft werden. Außerdem waren die Lager Instrumente zur Zerschlagung und Bedrohung des Widerstandes, den in den Anfangsjahren der NS-Diktatur viele Tausende Deutsche, insbesondere aus der Arbeiterbewegung, unterstützten. Aus diesem Grund befanden sich Mitglieder aller Parteien der Weimarer Republik unter den Häftlingen. Der Großteil

von ihnen gehörte allerdings den beiden großen Arbeiterparteien KPD und SPD an, davon wiederum die meisten den verschiedenen kommunistischen Verbänden. Aber auch die Funktionäre und Mitglieder kleinerer Organisationen der Linken – wie der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei (Opposition) oder der Freien Arbeiterunion Deutschlands (Anarchosyndikalisten) – wurden von den Nationalsozialisten nicht verschont. Schließlich zählten auch zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der freien bzw. christlichen Gewerkschaften sowie der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu den Inhaftierten. Nur gering war dagegen die Anzahl der Häftlinge, die vor der Machtübernahme den bürgerlichen Parteien angehört hatten. Vereinzelt befanden sich im KZ Oranienburg auch Angehörige der nationalsozialistischen Verbände, die wegen irgendwelcher Rivalitäten und Streitigkeiten mit anderen Parteigenossen eine Art „Ehrenhaft“ verbüßen mussten. Dagegen lassen sich – anders als in anderen frühen Konzentrationslagern, z. B. in Dachau – in Oranienburg nur wenige Häftlinge finden, die wegen angeblicher „Asozialität“, wegen Bettelns, Arbeitsverweigerung, Alkoholismus oder krimineller Vergehen, von der Polizei oder SA mit KZ-Haft bestraft wurden.

Die meisten Häftlinge stammten aus der Arbeiterschicht, viele von ihnen waren seit Langem arbeitslos. Fast 75 Prozent waren zwischen 21 und 40 Jahre alt. Es gab allerdings auch Minderjährige, wie den 1942 wegen seines Widerstandes in der „Roten Kapelle“ hingerichteten Hans Coppi, unter den Häftlingen; der jüngste zählte gerade einmal 13 Jahre. Oranienburg war zudem fast ein reines Männerlager, lediglich zwei Frauen, Kommunistinnen, sollen vorübergehend in der alten Brauerei eingesperrt worden sein.

Die frühen Konzentrationslager waren in der Regel keine Orte geplanter Verfolgung von Juden, die nur wegen ihres Glaubens, ihrer Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde oder ihrer angeblichen „Rassezugehörigkeit“ eingeliefert wurden. Trotzdem gab es unter den Häftlingen auch Juden. Unter den 50 bis 60 jüdischen Häftlingen befanden sich ca. 40 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 18 Jahren. Sie waren aus einem jüdischen Erziehungsheim in Wolzig bei Königs Wusterhausen in das Konzentrationslager verschleppt worden, weil der örtliche SA-Sturm sich das stattliche Haus für seine Zwecke aneignen



Hans Coppi, 1940, GdW

Hans Coppi (1916–1942)

Hans Coppi wurde in einer Arbeiterfamilie im „roten Wedding“ geboren. Während einer Lehre und Ausbildung zum Techniker in einer reformpädagogisch orientierten Schulfarm trat er 1931 dem kommunistischen Jugendverband bei. Für diesen organisierte Coppi nach der Machtübernahme in Berlin-Tegel den Widerstand gegen die NS-Diktatur. Im Februar 1934 wurde er verhaftet und für sechs Wochen ins KZ Oranienburg verschleppt. Trotz einer weiteren Haftstrafe im Jugendgefängnis Plötzensee schloss sich der junge Kommunist nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges der großen Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ an. Unter anderem beteiligte er sich an Widerstandshandlungen gegen die antisowjetische Hetzausstellung „Das Sowjetparadies“, die im Berliner Lustgarten gezeigt wurde. Kurz nach seiner Einberufung zur Wehrmacht verhaftete die Gestapo ihn und seine Frau Hilde wegen ihrer Widerstandstätigkeit. Beide wurden zum Tode verurteilt und 1942 bzw. 1943 hingerichtet.